// Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Ernst Wittmaack, Magdeburg. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Bezugspreis: Monatlich 80 Pfennig, beim Abholen von der Expedition monatlich 70 Pfennig. Bei den Postanstalten 2.10 Mark ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pfennig. — Insertionsgebühr: Die 6gespaltene Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate von auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407.

Nr. 136. **Halle, Dienstag den 6. November 1917.** **1. Jahrgang.**

Neue Formen.

Für den Geschichtschreiber der deutschen Reichsverfassung wird es eine überaus reizvolle Aufgabe sein, zu schildern, wie sich das Bild der Verfassung veränderte, indem wie an einem Mosaikbild ein Steinchen nach dem andern herausgenommen und durch ein andres ersetzt wurde. Was in den letzten Tagen zur Wirklichkeit geworden ist, dünkt uns selbstverständlich, aber noch vor wenigen Jahren würde es allen als etwas ganz Unmögliches gegolten haben.

Wenn der Reichstag wieder zusammentritt, und das soll bekanntlich sehr bald geschehen, dann wird sich dort ein parlamentarisches Schauspiel entfalten, wie es in Deutschland noch nicht erlebt worden ist. Wenn in früheren Zeiten ein neuer Reichskanzler vor dem Reichstag erschien, hielt er ohne weiteres seine Programmrede, die von dem ganzen Hause mehr oder weniger achtungsvoll angehört wurde, und damit hatte er sich auch parlamentarisch in sein Amt eingeführt. Wie sich die Parteien zu ihm stellten, konnte man höchstens aus der Richtung und der Stärke des Beifalls wie des Widerspruchs entnehmen, die ihm entgegentönten. Und hatte der neue Mann das Glück, daß die

lauten Bravos von rechts

und in der Mitte ertönten, während die äußerste Linke lachte und zischte, dann war sein Erfolg gesichert, dann war er ein gemachter Mann. Vermessen wäre dem Reichstag der Gedanke erschienen, den von oben bescherten Reichskanzler ernstlich auf Herz und Nieren zu prüfen und sein Programm durch Abstimmung anzunehmen oder abzulehnen. Zu einem solchen Vorgehen fehlte sogar jede taktische Handhabe, denn wenn es auch den Abgeordneten erlaubt war, zu interpellieren, so galt die Benutzung dieses Rechtes als ein Zeichen übelgesinnter Opposition, und die Geschäftsordnung schrieb ausdrücklich vor, daß eine Interpellationsdebatte nicht mit einer Abstimmung abgeschlossen werden dürfe. Die Interpellationsdebatten machten infolgedessen meist einen sehr kläglichen Eindruck. Nach der Regierungserklärung und der Protesterklärung der Opposition, das heißt also gewöhnlich der Sozialdemokratie, war meist jedes Interesse verflogen, alles Weitere schien überflüssiges Geschwätz, und die große Affäre

endete regelmäßig wie das Hornberger Schießen

Erst unter der Regierung Bethmann-Hollwegs setzten die Sozialdemokraten eine Aenderung der Geschäftsordnung durch, wonach Abstimmungen im Zusammenhang mit Interpellationsdebatten erlaubt waren. Doch sollte es sich dabei nicht um eigentliche Kundgebungen des Vertrauens oder des Mißtrauens handeln, sondern der Reichstag sollte nur aussprechen dürfen, ob er mit den soeben vorgetragenen Auffassungen der Regierung übereinstimme oder nicht übereinstimme.

Anträge, die Nichtübereinstimmung des Reichstags mit der Regierung auszusprechen, sind mehrfach von der Sozialdemokratie gestellt, aber immer abgelehnt worden mit einer einzigen berühmten Ausnahme. In der Debatte über die Vorgänge von Zabern hatte der ganze Reichstag den Eindruck gewonnen, daß es Bethmann nicht gelungen sei, die Autorität der Zivilgewalt gegenüber den Militärs aufrechtzuerhalten, und mit erdrückender Mehrheit sprach der Reichstag seine Nichtübereinstimmung mit den Auffassungen der Regierung aus. Was aber geschah? Als ob nichts geschehen wäre, blieb Bethmann im Amt, und die Mehrheit, die sich bei der Abstimmung zusammengefunden hatte, brachte trotz allen Zuredens der Sozialdemokratie nicht den Mut und die Konsequenz auf, den Kampf gegen die getadelte Regierung bis zu deren Sturze fortzusetzen. Die erste Schlacht des Parlamentarismus war infolge des Versagens der bürgerlichen Hilfstruppen vollständig verloren.

Damit schien auch das Beschlußrecht des Reichstags im Zusammenhang mit Interpellationsdebatten vollständig entwertet. Es schien nur zu dem Zweck eingeführt zu sein, die Ohnmacht und Hilflosigkeit dieses Parlaments vor aller Welt bloßzustellen. Deshalb hat später die Sozialdemokratie auf die Einbringung von Anträgen bei Interpellationsdebatten ziemlich regelmäßig verzichtet. Eine Ausnahme machten die Unabhängigen Sozialdemokraten am 6. Oktober. Es steht heute fest, daß der

Mißbilligungsantrag gegen die Regierung Michaelis

mit überwältigender Mehrheit angenommen worden wäre, wenn ihn die Sozialdemokratie am 8. Oktober gestellt hätte. Da lag aber schon der Antrag der Unabhängigen vor, und für den wollten die Bürgerlichen aus einem unberechtigten Vorurteil nicht stimmen. Der Mißbilligungsantrag wurde also abgelehnt, und die falsche Taktik der Unabhängigen schien der Regierung Michaelis sogar zu einem Erfolg verholfen zu haben. Da setzte die bekannte Aktion der Mehrheitsparteien ein, die zur Verabschiedung des Dr. Michaelis und damit zum Sturze der letzten Obrigkeitsregierung in Deutschland führte.

Wenn Graf Hertling vor den Reichstag tritt, wird er nun, wie schon gemeldet wurde, sofort über die Richtlinien seiner Politik interpelliert werden. Nach seiner Erklärung und der folgenden Debatte wird ein Antrag zur Abstimmung gebracht werden, die Uebereinstimmung des Reichstags mit den soeben vorgetragenen Grundsätzen der Regierung auszusprechen. Es wird also in der Form verfahren werden, die in parlamentarisch regierten Staaten üblich ist, und diese Form ist nicht bloß Schein, sie hat auch einen guten Sinn.

Selbstverständlich wird der Antrag, die Uebereinstimmung des Reichstags auszusprechen, angenommen werden. Denn Graf Hertling hat sich ja im vornherein die

Zustimmung der Mehrheit zu seinem Amtsantritt

gesichert und ein Programm mit ihr vereinbart. Anders aber könnten die Dinge laufen, wenn über kurz oder lang ein neuer Kanzler vor den Reichstag träte, ein Mann, der sein Amt ohne jede Fühlungnahme mit den Parteien einfach auf kaiserlichen Befehl übernommen hat. Diesem Manne würde dann in Wiederholung des einmal geübten Vorgehens sofort bei seinem Amtsantritt die Interpellation vorgelegt werden, und der Reichstag würde sofort seine Nichtübereinstimmung mit der Regierung aussprechen können, wenn seine Mehrheit weiß, was sie will. Einer solchen Situation könnte sich nur ein Reichskanzler aussetzen, der von vornherein auf den Konflikt mit dem Reichstag und auf den Staatsstreich hinaus will.

Daß ein solcher Reichskanzler jemals noch kommen könnte, gehört zu den unwahrscheinlichen Dingen der Welt. Wahrscheinlich wird jedem künftigen Kanzler bei seinem Amtsantritt die Zustimmung des Reichstags ausgesprochen werden, weil kaum ein Staatsmann das Amt annehmen wird, ohne sich dieser Zustimmung im voraus versichert zu haben. So hat sich im deutschen Verfassungsleben ein unscheinbares Stückchen nach dem andern geändert, und schließlich ist im großen ganzen etwas ganz andres geworden. —

Wohnungsnot.

In der Sonderbeilage des „Reichsarbeitsblattes" vom Juni 1916 heißt es nach einer auf reiches statistisches Material gestützten Betrachtung der Bautätigkeit und des Wohnungsmarktes in deutschen Städten im Jahre 1915: „Es wird also mit einer stark erhöhten Nachfrage nach Wohnungen nach dem Kriege zu rechnen sein, welcher der Ausfall der Neuwohnungen durch das Daniederliegen der Bautätigkeit gegenübersteht."

Mit diesen Worten ist die Situation auf unserm Wohnungsmarkt knapp gekennzeichnet. Es droht der unbemittelten Volksmasse in den Großstädten und in den Großindustriegebieten

eine schwere Wohnungsnot:

Der amtliche Berichterstatter erinnert an die nach dem Kriege 1870/71 eingetretene Wohnungsnot und erklärt hierzu: „Damals war die Bautätigkeit nur kurze Zeit unterbrochen, während der Krieg jetzt schon in den dritten Sommer hinein sein störendes Wirken auf dem Baumarkt ausübt."

Inzwischen hat sich die Lage noch wesentlich verschärft. Nach Zählungen in 45 deutschen Gemeinden sind errichtet worden:

	Wohngebäude	Wohnungen
1912:	9507	64107
1915:	2589	13646
1916:	1099	5015

Schon im Jahre 1915, als die private Bautätigkeit noch nicht so gut wie ganz zugunsten der militärischen und rüstungsindustriellen Bauten eingestellt war, schrieb ein so hervorragender Sachkenner wie Stadtbaurat a. D. J. Beuster: „Wird .... nicht auf neuen Wegen eine kräftige Vermehrung der Kleinwohnungen mit größter Schnelligkeit herbeigeführt, so werden wir, nach menschlicher Voraussicht, wie nach dem Kriege 1870/71, so auch nach diesem Kriege mit einer

heftigen Kleinwohnungsnot

zu rechnen haben, mit all ihrem Wohnungselend infolge Ueberfüllung der Wohnungen und Zusammendrängung auch in ungesundesten Quartieren." („Städtische Siedlungen nach dem Kriege." Berlin 1915, Heymanns Verlag.) Seitdem dies geschrieben wurde, sind wieder zwei Kriegsjahre dahingegangen. Der Wohnungsbau ist nicht belebt, sondern stärker gehemmt worden. Die Gefahr der Wohnungsnot ist also noch außerordentlich gewachsen!

Darüber herrschte Uebereinstimmung in der kürzlich stattgefundenen ersten Gesamtsitzung des vom preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten berufenen „Beirats für Städtebau und städtisches Wohn- und Siedlungswesen": Diesem Beirat gehören neben Delegierten des Preußischen Städtetags an eine Reihe Männer, die seit langem hervorragend auf dem Gebiet der gemeinnützigen Wohnungspolitik arbeiten, wie Landesrat Althoff (Münster), Staatssekretär a. D. Dernburg, Professor Dr. v. Mangold, ferner erste Autoritäten für das Siedlungswesen und die Baukunst, wie die Professoren Eberstadt (Berlin), Frentzen (Aachen), Stadtbaurat a. D. Beuster; auch das privatkapitalistische Bauunternehmertum ist u. a. durch den Kommerzienrat Haberland (Berlin) vertreten. Von Arbeitervertretern sind berufen: Hartmann (H.-D. Gewerkverein), Giesberts (christl. Gewerkschaften) und Landtagsabgeordneter Otto Hue. In den Sonderausschuß für Kleinwohnungsbau wurde Hartmann, in den Sonderausschuß für Bebauungspläne und Bauordnungen Genosse Hue gewählt.

Die Erörterung in der ersten Beiratssitzung konnte sich naturgemäß, nach einleitenden Referaten von Regierungsvertretern, nur in einem allgemeinen Rahmen bewegen. Die Vorarbeiten der praktischen Maßnahmen zur schleunigsten Behebung der allgemein anerkannten Gefahr der Kleinwohnungsnot soll in Verbindung mit den zuständigen Regierungsstellen von den Sonderausschüssen geleistet werden. Der Leiter der Konferenz, Unterstaatssekretär v. Coels v. d. Brüggen erklärte, es solle und müsse möglichst schnell und großzügig vorgegangen werden.

Das Charakteristikum dieser Beiratsbesprechung war eben die allseitige Betonung der drohenden Wohnungsnot nach dem Kriege. Wenn auch die Ansichten über die Güte der besprochenen Abwehrmittel je nach dem sozialen Standpunkt der Sprecher differierten, daß

eine große soziale Gefahr

herangewachsen sei und in unerhörter Weise weiter wachse, sofern nun nicht schnelle und umfassende Vorbeugungsmaß-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171106-11/fragment/page=0001

regeln ergriffen würden, darin herrschte Uebereinstimmung. Darum konnte es auch nicht fehlen an abfälliger Kritik der mehr oder weniger noch passiv gebliebenen Haltung der berufenen Regierungsstellen gegenüber des seit Jahren bemerkbaren Mangels an gesunden Kleinwohnungen, der schweren Uebelstände auf dem Gebiet der **Bodenspekulation**, des Bodenwuchers, der Zurückhaltung fiskalischen Geländes für gemeinnützige Bebauungszwecke, des Fehlens ausreichender staatlicher finanzieller Unterstützung der gemeinwirtschaftlichen Baugenossenschaften usw.

Recht eindrucksvoll setzte besonders Staatssekretär a. D. **Dernburg** die fiskalischen und die privatkapitalistischen Begehungs- und Unterlassungssünden hinsichtlich des Siedlungs- und Wohnungswesens auseinander. Er verlangte insbesondere radikale Maßnahmen gegen die

Ueberfüllung der Großstädte,

Bereitstellung sehr erheblicher Reichs- und Staatsmittel für gemeinwirtschaftliche Bauzwecke, da von dem privaten Baukapital auch wegen der anderweitigen sehr starken Inanspruchnahme des Geldmarktes keine befriedende Lösung der Wohnungsfrage zu erwarten sei. In ähnlicher Weise sprechen sich Vertreter von Großstädten und Wortführer der freien Baukünstler aus. Ohne die Beschaffung von erheblichen Summen an Baugeldern von Reich und Staat sei das Wohnungsproblem nicht mehr zu lösen.

Von den Arbeitervertretern wurde diese Forderung natürlich, unterstützt, im weitern darauf hingewiesen, daß der Überfüllung der großstädtischen und großindustriellen Massenquartiere wirksam begegnet werden könne auch durch eine zeitgemäße **Verkehrspolitik**. Man müsse es den Arbeitern und Angestellten ermöglichen, nicht in unmittelbarer Nähe ihrer Arbeitsstellen zu wohnen, die Besiedlung müsse dezentralisiert werden. Hierzu trage aber eine

Verteurung der Verkehrsmittel,

wie sie jetzt in der ungeheuren Hinaufsetzung der Eisenbahnfahrpreise in Erscheinung tritt, keineswegs bei. Verbilligung der Eisenbahn- und Straßenbahnbenutzung, großzügiger Ausbau des Vorortsverkehrs sei vonnöten, wenn man die ungesunden Massenquartiere, die überfüllten Mietkasernen auslüften wolle.

Ein trübseliges Kapitel ist die noch zu erwartende **Mietsteigerung**. Vertreter des Baukapitals geben die während des Krieges eingetretene Baukostenerhöhung bis auf 150 Prozent an! Mit einer dauernden Erhöhung von wenigstens 50 Prozent müsse gerechnet werden, dementsprechend würden sich also die Mieten erhöhen. Nun steht aber fest, daß ohnehin schon von dem Einkommen der „untern" Volksschichten ein viel zu hoher Teil für Wohnungsmiete ausgegeben werden muß. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß namentlich die kinderreichen Familien für die unverhältnismäßig hohe Mietausgabe gesundheitlich einwandfreie Wohnungen bekommen. In dieser Beziehung sei beispielsweise verwiesen auf die Schrift von Dr. Marie **Baum**: „Wohnweise kinderreicher Familien in Düsseldorf-Stadt und Land" (Berlin, Heymanns Verlag 1917). Dort lese man nach, wie ungesund heute kinderreiche Familien hausen müssen. Und wie wird es erst werden, wenn die von allen Sachkundigen vorausgesagte Wohnungsnot nach der Rückkehr unsrer Massenheere in die Großstädte und Großindustriebezirke eintritt? Der Wohnungsmangel zieht eine besondre Wohnungsteurung nach sich, das berüchtigte Wolf wird sich in noch höherm Maß als früher in Kleinwohnungen sammeln. Die sozialen Folgen sind leicht auszudenken.

Die **Verteurung des Bauens** ist hauptsächlich die Folge der

kolossalen Erhöhung der Baustoffpreise.

Genosse Hue konnte in der Beiratssitzung nach Mitteilungen von Bauunternehmern feststellen, daß von 1914 bis 1917 beispielsweise die Preise für dasselbe Quantum Ziegelsteine von 18 bis 24 auf 48 bis 52, Sand von 20 bis 21 auf 30 bis 31, Kalk von 200 bis 210 auf 310 bis 315, Zement von 200 bis 300 auf 700 bis 715 (!), Bauholz von 48 bis 52 auf 86 bis 96, Dachpfannen von 420 bis 450 auf 720 bis 780 (!), eiserne Träger von 140 auf 230, Dachpappe von 3 bis 4,50 auf 8,50 bis 13 Mark hinaufgesetzt wurden. Aus der Versammlung heraus wurde sogleich erklärt, die neusten Preise seien noch höher!

Ein wichtiger Teil der Baustoffindustrie ist zwar mit tätiger Hilfe von Regierungsorganen **syndiziert worden**. Aber die jetzt verlangten Preise beweisen zumindest, daß die Regierung den Unternehmern wohl zu Syndikaten verhalf, es aber an der nötigen Niederhaltung der Syndikatspreise im Interesse des Wohnungsbaues fehlen ließ. Das tritt besonders aus der ungeheuerlichen Preissteigerung für **Zement** hervor. Die Zementindustrie krankte längst vor dem Kriege an einer gewaltigen Ueberproduktion. Es wurden 1913 von uns 1 129 563 Tonnen Zement exportiert, nur 168 449 Tonnen importiert. Mithin handelt es sich hier um einen wichtigen Baustoff, den wir **in Ueberfülle** im Inland erzeugen. Die nun, besonders seit der Syndizierung der gesamten deutschen Zementindustrie im Vorjahr eingetretene ungeheure Preissteigerung kann also nicht auf „Materialmangel", sondern muß auf das

Profitbedürfnis der Fabrikanten,

die sich nun „sanieren" auf Kosten der Allgemeinheit, zurückgeführt werden. Die Folge ist auch eine ungeheure Verteurung des Wohnungsbaues. Die Lieferanten der andern Baustoffe nehmen sich „natürlich" die Zementindustriellen zum Muster.

Ein Vertreter der militärischen Zentralbehörde anerkannte „von Herzen" die Berechtigung der von Hue vorgebrachten Kritik der Preissteigerungen durch die Unternehmerkartelle und erklärte, es müsse mit Rücksicht auf den dringlich erforderlichen Wohnungsbau eine Preissenkung eintreten. Aber die bisherigen Erfahrungen lassen die Hoffnung nicht zu, daß die hochgetriebenen Preise für Baumaterialien in absehbarer Zeit so ermäßigt werden, wie es den **tatsächlichen** Fabrikationskosten entspricht.

Die Tatsache der drohenden Wohnungsnot ist mithin unbestritten. Der schon vor dem Kriege bestehende Mangel an gesunden Kleinwohnungen, das Zusammenpferchen von hunderten Menschen in einer einzigen Mietkaserne mit ihren hinreichend bekannten sozialen Schäden wird also

nach dem Kriege noch ärger

werden, wenn nun nicht schleunigst umfassende Vorbeugungsmaßregeln durchgeführt werden. Die zuständigen Regierungsstellen haben das Bestehen dieser großen Gefahr zugegeben. Ob aber die notwendigen Maßregeln schnell genug ergriffen werden, das ist ihnen angesichts der großen Zersplitterung der behördlichen Instanzen fraglich. In Preußen allein sind „nur" sieben Ministerien mit dem Siedlungs- und Wohnungswesen befaßt! Dazu kommen die zahlreichen untern Verwaltungsbehörden bis herab in die kleinsten Kommunen. Die zu lösende Aufgabe ist aber so gewaltig, sie ist so sehr eine Lebensfrage des ganzen deutschen Volkes, daß die schnelle Schaffung einer Reichszentralstelle speziell für das Siedlungs- und Wohnungswesen (Reichswohnungsamt) unumgänglich ist. Dieser Reichsstelle müßten die weitestgehenden Machtbefugnisse gegeben werden. —

Was der Krieg bringt.

Am Tagliamento.

Im Wiener Heeresbericht vom Sonntag findet sich über die Kämpfe gegen die Italiener folgende Mitteilungen:

Die Gefechtstätigkeit am Tagliamento nimmt zu. Die Kampflage gestattet erst heute, zu überblicken, was während der zwölften Isonzoschlacht bei der Gruppe des Generals der Infanterie Alfred Krauß von den verbündeten Truppen und ihren Führern geleistet worden ist. Die Eroberung des 2600 Meter anragenden Canin-Stockes und des 1668 Meter hohen Stol, das unaufhaltsame Vordringen in den unwirtlichen, wegarmen Gebirgen südlich des Fellatals, das weder der Feind noch die Witterungsunbill, noch die italienische Zerstörungsarbeit zu verzögern vermochten, die Gewinnung von Resiutta, die Einnahme des befestigten Lagers von Gemona-Osoppo sichern jenen gebirgsgewohnten Truppen, darunter den Infanterie-Regimentern Nr. 14 und Nr. 59, den Tiroler Kaiserjägern, den steierischen Schützen-Regimentern Nr. 3 und 26 und den Kaiserschützen ein neues Ruhmesblatt in der Geschichte des größten aller Kriege.

Um den Italienern zu Hilfe zu kommen, bereitet die Entente offenbar eine Offensive in Mazedonien vor. Der deutsche Tagesbericht vom Sonntag meldete, daß seit Tagen zwischen dem Vardar und Doiransee starker Artilleriekampf herrscht. Im halbamtlichen Ergänzungsbericht wird dazu noch folgendes mitgeteilt: In Mazedonien hält die lebhafte beiderseitige Feuertätigkeit im Cernabogen an. Zwischen Vardar und Doiransee erreichte das feindliche Zerstörungsfeuer während der Nacht zeitweise äußerste Heftigkeit. Der Vorstoß einer starken feindlichen Erkundungsabteilung gegen unsre Feldwachen südlich von Stejakowo wurde in unserm Abwehrfeuer und im Handgranatenkampf mit schweren Verlusten für den Feind abgewiesen. —

* * *

32000 Tonnen.

Amtlich wird gemeldet:

Durch die Tätigkeit unsrer Unterseeboote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz neuerdings 17 000 Bruttoregistertonnen vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich fünf Dampfer, die sämtlich Kohlen geladen hatten. Zwei dieser Dampfer waren bewaffnet und englischer Nationalität.

Neue U-Boots-Erfolge im Sperrgebiet um England: 15 000 Bruttoregistertonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich drei bewaffnete Dampfer, einer davon war englischer Nationalität.

Eins unsrer Unterseeboote griff am 7. Oktober in westlich der Stadt Tripolis beobachtete Kämpfe zwischen Landesbewohnern und Italienern mit seiner Artillerie ein, und nahm italienische Truppen mit gutem Erfolg unter Feuer. Am 16. Oktober beschoß das gleiche U-Boot wirkungsvoll Befestigungsanlagen von Homs (Tripolis).

Ein andres U-Boot führte im Schwarzen Meer eine Beschießung des von russischen Truppen besetzten Ortes Tuapse aus und versenkte einen mit Munition beladenen Transporter. —

Das Seetreffen im Kattegatt.

Ueber das Seetreffen im Kattegatt liegt folgende amtliche Meldung des deutschen Admiralstabs vor:

Ein kleiner deutscher Hilfskreuzer, dessen Kommandant Kapitänleutnant d. R. Lautenbach war, wurde am 2. November im Kattegatt nach tapferer Gegenwehr von einer Uebermacht von sechs feindlichen Kreuzern und neun großen Torpedobootszerstörern versenkt. Der englische Bericht meldet die Vernichtung von zehn Patrouillenfahrzeugen. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Deutsche Kriegsfahrzeuge werden außer dem genannten Hilfskreuzer nicht vermißt.

Das Kopenhagener Blatt „Politiken" veröffentlicht einen Bericht von dem Kommandanten des kleinen deutschen Hilfskreuzers, des Dampfers „Marie" aus Flensburg, Kapitänleutnant Lautenbach, der mit 15 Kameraden auf dem Dampfer „E. M. Dalgas" in Kopenhagen eingetroffen ist. Er erzählte unter anderm: „Wir befanden uns gestern (Freitag) früh 12 Seemeilen nördlich von Kullen in dichtem Nebel und stießen plötzlich auf eine Flottille englischer Torpedojäger; ich zählte deren neun. Da Flucht unmöglich war, befahl ich zu feuern. Wir schossen zuerst, aber die Uebermacht war zu groß. Der erste englische Treffer zerstörte Kommandobrücke und Maschine, so daß wir weder weiterfahren noch manövrieren konnten. Wo der nächste Treffer saß, weiß ich nicht, denn jetzt brach ein wahres Unwetter von Geschossen über uns herein. Meine Leute fielen einer nach dem andern. Der zweite Kommandant, Leutnant Christiansen, wurde zwei Schritt vor mir durch eine Granate auf der Stelle getötet.

Selbstverständlich erwiderten wir das Feuer. Unsre vier Geschütze schwiegen nicht einen Augenblick, die Wirkung war jedoch wegen des dichten Rauches, der unsre Gegner einhüllte, nicht zu erkennen. Mittschiffs brach ein Brand aus, der schnell um sich griff. Um nicht zu verbrennen, mußten wir den Kampf aufgeben. Zu diesem Zeitpunkt waren ungefähr 30 Mann der Besatzung gefallen. Mit dreifachem Hurra verließen wir das brennende Schiff; Ich ging mit 16 Mann in ein Boot, das von den Engländern beschossen wurde. Sie trafen aber glücklicherweise nicht.

Das Feuer hatte auf unserm Schiffe bald die Munitionskammern erreicht, die mit mächtigem Knallexplodierten, aber das Schiff hielt sich noch lange über Wasser. Viele von unsern Kameraden, die ins Wasser gesprungen waren, wurden später von den Engländern aufgefischt. Unsre Besatzung hatte aus 80 Mann bestanden; wenn wir rechnen, daß 30 getötet und 16 in unserm Boote gerettet sind, so sind 34 Mann in englische Gefangenschaft gefallen.

Der ganze Kampf dauerte nur 10 Minuten; die Engländer feuerten in dieser Zeit 80 bis 100 Granaten ab. Wir trieben eine Zeitlang und wurden gegen 9 Uhr von dem dänischen Dampfer „Dalgas" aufgenommen. Wir haben unsre Pflicht gegen unser Vaterland bis zum äußersten erfüllt und unsre Flagge in Ehren gehalten. Keine Uebermacht kann uns zwingen, sie zu streichen."

Von den in Kopenhagen eingetroffenen deutschen Seeleuten sind zehn Mann, darunter Lautenbach, verwundet, sie sind im städtischen Krankenhaus untergebracht. Inzwischen ist bereits entschieden worden, daß die Seeleute **nicht interniert**, sondern als **Schiffbrüchige** behandelt werden sollen, da sie von dem dänischen Dampfer „Dalgas" in den internationalen Gewässern aufgenommen worden sind. Die unverletzten Seeleute traten bereits am Sonntag die Reise nach Deutschland an. —

* * *

Für den Verständigungsfrieden.

Im Gebiet der **obern Rheinprovinz** hat in jüngster Zeit eine große Anzahl von der Sozialdemokratie einberufene, durchweg stark besuchte Volksversammlungen stattgefunden, die sich für den Verständigungsfrieden und gegen den Machtfrieden aussprachen, sowie die sofortige Durchführung der innerpolitischen Reformen forderten. Die Genossen Meerfeld, Jörgiebel, Sollmann, Trimborn und Josamé sprachen in Oberstein an der Nahe, in Neuwied, Rheinbrohl, Mayen, Andernach, Bonn, Mühlheim am Rhein und — unter freiem Himmel — in Euskirchen. Die vorgelegten Entschließungen wurden einmütig angenommen; überall fanden die kräftigen Worte gegen die Alldeutschen lebhaften Widerhall. Auch die Mitgliederzahl unsrer Parteiorganisation im Gebiet der obern Rheinprovinz ist in einem erfreulichen Wachstum begriffen.

Besonders bemerkenswert sind die Erfolge im **Saargebiet**. Hier hielt Parteisekretär Jörgiebel vier überaus stark besuchte Vollsversammlungen in Völklingen, Luisental, Altenwald und Herrensohr ab; die Erörterung der preußischen Wahlrechtsfrage erregte besonders großes Interesse bei den Hörern. Im Saargebiet haben auch die **Gewerkschaften** bedeutsame Erfolge zu verzeichnen. Die Bergarbeiter und die Metallarbeiter haben ihre Mitgliederzahlen um Tausende gesteigert; ein schnelles Wachstum berichtet auch die junge Eisenbahner-Organisation. Ueberall in diesen bisher wenig von unsern Organisationen erfaßten Gebieten der obern Rheinprovinz und Saarbriens weht ein frischer Wind.

Neben der großen Kundgebung im Kölner Gürzenich, in der die Reichstagsabgeordneten Keil und der Fortschrittler Werner sprachen, fanden auch im Landkreis Köln zahlreiche Versammlungen statt, in denen Parteisekretär Runge, Sollmann, Jörgiebel und andre Genossen sprachen, so in Efferen, Fischenich, Brühl, Pingsdorf, Vochem, Frechen, Rodenkirchen, Bergdorf und in den Kölner Vororten Ehrenfeld und Kalk. In einigen dieser Orte haben wir nicht einen einzigen organisierten Genossen; in den Versammlungen erschienen aber Hunderte von Zuhörern, die unsern Rednern lebhaft zustimmten. —

* * *

Krieg und Arbeitsverhältnis in Oesterreich.

Dem in der Wiener „Arbeiter-Zeitung" veröffentlichten Parteitagsreferat des Abgeordneten Genossen **Domes**, Sekretär des österreichischen Metallarbeiterverbandes, ist zu entnehmen, daß das Kriegsleistungsgesetz und seine Handhabung die **Freizügigkeit** der Arbeiter sowie die **Lohn- und Tarifverträge völlig beseitigt** haben. Am schlimmsten wurden die Bergarbeiter behandelt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171106-11/fragment/page=0002

Obgleich der militärische Betriebsleiter der Johnsdorfer Kohlengruben die Berechtigung der von den Arbeitern gestellten Lohnforderungen bestätigt hatte, sollten sie wegen Arbeitseinstellung standrechtlich behandelt werden, der Galgen war schon aufgestellt, aber man begnügte sich schließlich, sie nur militärrechtlich zu 15 bis 18 Monaten Kerker zu verurteilen. Im Ostrauer Kohlenrevier wurden Arbeiter, die einer Lohnverringerung nicht zustimmen wollten, militärisch mit 25 Stockhieben bestraft — als ob der „Haslinger" nicht schon nach 1866 aus dem Arsenal der k. u. k. Armee abgeschafft worden wäre.

Die aus der Front zurückgeholten Munitionsarbeiter blieben als „Kommandierte" unter Militärgesetz und mußten alles, selbst Lohnverkürzungen, ruhig einstecken. Wer sich auflehnt, läuft Gefahr, als Meuterer vors Kriegsgericht zu kommen oder wird mindestens „einrückend gemacht", obgleich die Regierung wiederholt erklärt hat, daß es eine Strafe des Einrückens nicht gebe. Und diesen Eingerückten folgt meistens noch eine Empfehlung zur freundlichen Behandlung. Andre wurden als „Landsturmarbeiter" erklärt — mit Militärlöhnung statt mit Arbeiterlohn.

Alle angerufenen Instanzen erklärten sich als unzuständig, weil das Gesetz gar keine „Landsturmarbeiter" kennt. Wo das alles nicht ausreichte, um größere Bewegungen zu hindern, hat man die Betriebe völlig militarisiert.

Nach diesen Tatsachen kann man es verstehen, daß die deutsch-österreichische Sozialdemokratie sich in gar keiner Weise mit dem Staat identifizieren will, wie das aus allen Reden auf dem Parteitag hervorgeht. —

* * *

Norwegische Protestnote.

Norwegische Blätter veröffentlichen den Wortlaut der norwegischen Protesterklärung gegen die Versenkung norwegischer von Engländern geleiteter Schiffe am 17. Oktober. Die Note behauptet, daß den norwegischen Mannschaften keine Frist zur Rettung gegeben worden sei, daß die Deutschen keinen Versuch zu ihrer Rettung gemacht und sich um ihr Schicksal nicht gekümmert hätten. Zahlreiche Seeleute seien durch Geschützfeuer getötet worden oder ertrunken. Um die notwendigen Zufuhren für Norwegen zu schaffen, müßten sich die Norweger von Kriegsschiffen geleiten lassen, die zu den Gegnern Deutschlands gehörten.

Der ganze Fall wird als „Verletzung der Gesetze der Menschlichkeit" bezeichnet. Großen Eindruck habe es gemacht, daß jetzt auch die Kriegsschiffe dieselbe Taktik übten wie die U-Boote. „Für die Zukunft heißt es: „Die norwegische Regierung darf daher nochmals die deutsche Regierung ersuchen, darauf zu sehen, daß die deutschen U-Boot-Kommandanten das Leben norwegischer Seeleute keinen Gefahren aussetzen, seien sie durch Unachtsamkeit oder durch falsche Beurteilung der Umstände verursacht."

Der Standpunkt der norwegischen Regierung ist auch für den deutschen Beurteiler vollauf verständlich. Wir können nur den Wunsch aussprechen, daß ein baldiger Frieden diesen Unstimmigkeiten ein Ende bereiten möge. —

* * *

Die Wahlrechtsdebatte.

Das Preußische Abgeordnetenhaus wird, wie nach den Besprechungen im Seniorenkonvent vom Sonnabend nunmehr endgültig feststeht, seine nächste Vollsitzung erst am 15. November abhalten. Auf der Tagesordnung stehen der Antrag auf Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht und andre kleinere Vorlagen.

Die Wahlrechtsvorlagen sollen erst am 22. November zur ersten Lesung gelangen, vorausgesetzt, daß nicht der neue preußische Ministerpräsident eine anderweitige Festsetzung des Datums der Debatte wünscht. Den 22. November haben sich die Wahlrechtsgegner im Abgeordnetenhaus vielleicht gerade deshalb ausgesucht, weil verlautet, daß an diesem Tage auch der Reichstag wieder zusammentreten soll, um Stellung zu der neuen Regierung zu nehmen. Es könnte dadurch möglicherweise die Wahlrechtsdebatte noch um einige Tage hinausgezögert werden, und die Verantwortung dafür fiele dann nicht auf das Abgeordnetenhaus, sondern auf Regierung und Reichstag. Den Eindruck will man augenscheinlich erwecken. —

* * *

Englische Alldeutsche.

England ist unermüdlich in seinen Bemühungen, die Franzosen zur Fortsetzung des Krieges anzustacheln. Während sogar Ribot sich gezwungen sah, auf das linke Rheinufer zu verzichten, beginnt die Londoner „Times" am 12. Oktober eine Artikelserie über die „Zukunft Elsaß-Lothringens", in der zum Schlusse gesagt wird:

Nur eine Schlußfolgerung ist möglich: nicht nur die Grenzbestimmungen des Frankfurter Friedens vom Jahre 1871 müssen umgestoßen werden, sondern auch die des Wiener Friedens vom Jahre 1915. Es ist nicht genug, Elsaß-Lothringen dem Lande zurückzugeben, dem es nach Recht und Neigung gehört, sondern der Krieg muß fortgesetzt werden, bis die Herrscher Deutschlands einsehen, daß ihre wirkliche Grenze der Rhein ist.

Es sollte uns nicht wundern, wenn die Alldeutschen aus dieser Aeußerung die Folgerung zögen, daß Deutschland mit Belgien und dem Erzbecken von Briey nicht zufrieden sein dürfte, sondern auch noch die — Normandie erobern müsse. Die Alleschlucker diesseits und jenseits der Grenzen arbeiten sich eben planvoll gegenseitig in die Hände. —

* * *

Aerzte und Krankenkassen.

Das Verhältnis zwischen den Krankenkassen und den Aerzten fängt wieder an, sich zu trüben. Das vom Aerzteverband regelmäßig herausgegebene Verzeichnis von Orten, nach denen die Aerzte den „Zuzug meiden" sollen, umfaßt bereits wieder 72 Namen. Es sind Krankenkassen aller Art, mit denen „Differenzen" bestehen. Das Ende des Jahres 1913 abgeschlossene „Berliner Abkommen", ein Vertrag zwischen den Krankenkassen- und Aerzteverbänden befriedigt keineswegs. Der Grundgedanke des Abkommens mag wohl gut sein, aber seine Durchführung stößt auf große Schwierigkeiten. Es war nur der Druck der politischen Verhältnisse, der „Burgfrieden", der ein weiteres Zusammenarbeiten in der letzten Zeit ermöglichte.

Was geschehen wird, wenn die Aerzte aus dem Felde zurückkehren und mehrere tausend notaprobierte Aerzte den Konkurrenzkampf um die Zulassung als Kassenärzte aufnehmen werden, ist schwer im voraus zu sagen. Es kommt noch dazu, daß der kürzlich in Leipzig abgehaltene Aerztetag eine Reihe Forderungen, wie allgemeine Erhöhung der Honorare usw. beschloß, deren Durchführung zweifellos bei den Kassen auf Widerspruch stoßen wird. Zur Abfindung der in der letzten Konfliktszeit im Jahre 1913 von den Kassen angestellten „Kampfärzte" und „ärztlichen Notbelfer" sind bislang von Aerzten und Kassen anfährend fünf Millionen Mark aufgebracht worden. Es ist mindestens noch der gleiche Betrag aufzubringen, so daß die Erhebung von Zuschlägen noch einige Jahre fortgesetzt werden muß. Von den 10 724 Krankenkassen haben bislang 8891 diese Beihilfe (5 Pfg. pro Jahr und Mitglied) gezahlt. Den Aerzten wird ein gleicher Betrag, wie die Kasse zahlt, vom Honorar gekürzt. Die Krankenkassen fordern dringend eine gesetzliche Reglung der Arztfrage. —

* * *

Gegen die Einigung!

Nachdem sich schon die Presse der Unabhängigen schroff gegen die Würzburger Einigungsbeschlüsse ausgesprochen hatte, erläßt jetzt der Vorstand dieser abgespaltenen Parteigruppe einen Aufruf, in dem er diese Ablehnung ausführlich begründet. Sehr hoffnungsreich klingen freilich die ersten Zeilen:

Auf dem von der Mehrheit des alten Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie nach Würzburg einberufenen Parteitag wurde in einer Resolution ausgesprochen, daß „für die kommenden schweren Kämpfe der Arbeiterschaft" eine angebrochene Front unbedingt notwendig sei. Es sei „eine der wichtigsten Aufgaben der Zeit, den Parteistreit beizulegen".

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands hat die Notwendigkeit der Einigkeit der Arbeiterbewegung nie verkannt.

Leider ist aber der folgende Inhalt der langen Erklärung weiter nichts als eine Ansage, den Parteistreit weiter fortzuführen. Es werden die alten Anklagen gegen die Partei wiederholt zugleich mit der Versicherung, daß die Unabhängigen im Rahmen der Partei für ihre Anschauungen kämpfen wollten, daran aber gehindert worden seien. Dann heißt es weiter:

Jetzt kommt der Würzburger Parteitag und spricht von der Herstellung des Parteifriedens. In gleichem Atemzug aber billigt er alle gegen die Opposition verübten Gewaltaten und verlangt, daß auch nach einer vollzogenen Einigung sich die Opposition selbst grundsatzwidrigen Beschlüssen unterwerfen soll. Nach der bisherigen Praxis der Mehrheit des Parteivorstandes und der Fraktion bedeutet das unter dem Kriegszustand obendrein völligen Verzicht der Opposition auf Bekundung einer selbständigen Meinung vor der Oeffentlichkeit. Der Würzburger Parteitag bietet also nicht einen Frieden der Verständigung, sondern einen Frieden der Unterwerfung.

Vereinigung ohne Verständigung ist selbstverständlich Unsinn. Man hätte sich, wenn die Einigung nicht von den Unabhängigen abgelehnt worden wäre, auch über das verständigen müssen, was die Unabhängigen „die verübten Gewaltaten" nennen. Selbstverständlich könnten die Unabhängigen, wenn sie die Einigung nicht abgelehnt hätten, ihre Ansichten in der Partei ebensogut vertreten, wie dies die Genossen Hoch, Emmel, Schmidt (Meißen) und andre Minderheitsredner in Würzburg getan haben. Aber einem ordnungsmäßig gefaßten Parteibeschluß müßten sie sich allerdings fügen, auch wenn sie ihn für „grundsatzwidrig" halten, sonst könnte jeder Beschluß einer demokratischen Organisation aus der subjektiven Ueberzeugung heraus, er sei „grundsatzwidrig" von der Minderheit mißachtet werden.

Schließlich versucht der Aufruf, der Sozialdemokratie zu unterschieben, sie strebe danach, einige Ministerposten zu ergattern. Wir hängen diese kleinliche Unterstellung einfach niedriger. Sie entspricht ganz der Politik, die die Haase-Gruppe bisher getrieben hat: Unabhängig von Logik und von der — Wahrheit. —

* * *

Notizen.

Deutschfeindliche Kundgebungen. In Rio de Janeiro haben heftige Volkskundgebungen gegen deutsche Handelshäuser stattgefunden. Es ist bedeutender Schaden angerichtet worden. —

*

Die polnische Verfassung. Der Warschauer Professor Zybichowski, Vorsitzender der Kommission des Staatsrats zur Ausarbeitung der polnischen Verfassung, machte einem Mitarbeiter des Kurjer Warszawski" Mitteilungen über den Entwurf. Die Staatsreligion ist danach die katholische. Die Verfassung ist die erbliche Monarchie. Den ersten König wählt der Landtag. Zur Ehe des Königs ist die Genehmigung des Landtags notwendig. Der König muß im Lande wohnen und darf ohne Zustimmung des Landtags nicht Oberhaupt eines fremden Staates sein. Das Parlament besteht aus Landtag und Senat. Der Landtag wird auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Proportionalwahlrechts gewählt. Der Senat wird zur Hälfte gewählt, zur Hälfte ernannt. Beim Landtag liegt das Schwergewicht der Entscheidung über die Richtung der staatlichen Politik. Der Senat hat nur die Bedeutung einer hemmenden Instanz. — Kürzlich verlautete, daß der österreichische Kaiser sich zum König von Polen krönen lassen wolle. Wird die Bestimmung in die Verfassung aufgenommen, daß der König im Lande wohnen muß, so kann Kaiser Karl nicht als König in Frage kommen. Die Regierungsbildung in Polen ist übrigens immer noch nicht vollendet. Nach Warschauer Blättern erhielt die Regentschaftsrat die amtliche Mitteilung von den deutschen Besatzungsbehörden, daß sie mit der Kandidatur des Grafen Tarnowski für die polnische Ministerpräsidentschaft nicht einverstanden sind. —

*

Angriffe an der Sinaifront. Aus Konstantinopel wird amtlich gemeldet: Der englische Angriff an der Sinaifront begann am 31. Oktober. Unsre bis Bir-es-Seba vorgeschobenen Truppen gingen vor überlegenen, weit ausholenden feindlichen Streitkräften in die Hauptstellungen zurück und wiesen hier alle Angriffe ab. Hierbei wurden sieben englische Offiziere, darunter ein Oberstleutnant, und 100 Mann gefangengenommen. Am 2. November begann der Kampf vor Gaza. Zwei feindliche Tanks wurden von unsrer Artillerie zerschossen. —

*

Dissidentenkinder und Religionsunterricht. Die seit langer Zeit schwebende Frage des Religionsunterrichts der Dissidentenkinder soll in der gegenwärtigen Tagung des Abgeordnetenhauses gelöst werden, nachdem ein Antrag der Nationalliberalen auf Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht vom Unterrichtsausschuß eingehend beraten worden ist. Man hat sich dahin geeinigt, so schreibt die „N. G. C.", dem Landtag einen Gesetzentwurf vorzuschlagen, der folgende Bestimmungen enthält: Schulpflichtige Kinder, welche einer staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft nicht angehören, haben an dem lehrplanmäßigen Religionsunterricht der Schule, die sie besuchen, teilzunehmen, sind aber, wenn die Eltern usw. diejenigen, die an deren Stelle die religiöse Erziehung zu bestimmen haben, der Schulaufsichtsbehörde gegenüber eine dahingehende Erklärung abgeben, von den Stunden zu befreien, in denen Katechismusunterricht erteilt wird. Nehmen diese Kinder an einem von der Schulaufsichtsbehörde zugelassenen Ersatzunterricht teil, so sind sie auf Antrag der Erziehungsberechtigten von dem Besuch des gesamten schulplanmäßigen Religionsunterrichts zu befreien. —

*

Kriegsstrafen. Wegen Zuwiderhandlung gegen Vorschriften zur Sicherstellung der Volksernährung sind in der Zeit vom 1. Oktober 1916 bis zum 30. September 1917 nach einer amtlichen Zusammenstellung in Preußen 189 806 Strafbefehle und 23 302 Urteile erster Instanz ergangen. 136 916 von diesen Strafbefehlen sind ohne Urteil rechtskräftig geworden. Man nimmt an, daß das Anwendungsgebiet des Strafbefehls noch weiter wachsen wird. Von den seit dem 1. Oktober 1916 gezählten Sachen waren am 30. September 1917 bei den Staatsanwaltschaften 76,6 v. H. der anhängig gewordenen Sachen erledigt, sei es durch Einstellung, Abgabe an den Amtsanwalt oder das Amtsgericht oder durch Strafkammeranklage. Bei den Amtsgerichten waren durch Strafbefehl oder erstinstanzliches Urteil 95,8 v. H. der Sachen erledigt. —

*

Das neue spanische Kabinett ist nunmehr gebildet worden. Ministerpräsident und Minister des Aeußern ist Garcia Prieto. Die neue Regierung hat erklärt, daß sie strikte Neutralität bewahren werde. Der neue Ministerpräsident gilt in seinem Herzen indessen als ententefreundlich. —

*

Die drohende Hungersnot in Petersburg. Einem Petersburger Telegramm zufolge richtete das Petersburger Stadtoberhaupt namens der Stadtverwaltung an Kerensky ins Hauptquartier das telegraphische Ersuchen, der von der Hungersnot bedrohten Hauptstadt schnellstens Hilfe zu bringen. Trotzdem sich die hauptstädtische Bevölkerung in letzter Zeit durch Auswanderung um ein Fünftel vermindert hat, sind die Lebensmittelvorräte vollkommen ungureichend, da die Zufuhren fast vollkommen aufgehört haben. Falls nicht schnellste Hilfe erfolgt, ist eine Katastrophe unausbleiblich, da auch die Unruhen immer größern Umfang annehmen. —

* * *

Uebergang über den Tagliamento.

W. T. B. Großes Hauptquartier, 5. November 1917. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern war die Artillerietätigkeit nach unsichtigem Wetter erst am Abend lebhaft, vornehmlich in der Ijzerniederung. Nachts lag dort und auf dem Kampfgelände zwischen dem Houthoulster Wald und dem Kanal Comines—Ypern kräftiges Störungsfeuer. Mehrfach stießen englische Erkundungsabteilungen vor; sie wurden überall zurückgeschlagen.

Bei den andern Armeen war infolge Nebels die Gefechtstätigkeit im allgemeinen gering.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Nach tagelanger, auch gestern andauernder starker Feuervorbereitung zwischen Vardar und Doiran-See griffen englische Bataillone südlich von Stojakovo an, ihr Ansturm brach verlustreich und ergebnislos vor den bulgarischen Stellungen zusammen.

Italienische Front.

Deutsche und österreichisch-ungarische Divisionen haben am mittlern Tagliamento den Uebergang erkämpft und sind im weitern Vordringen.

Den dort geschlagenen italienischen Brigaden wurden über 6000 Gefangene und eine Anzahl Geschütze abgenommen.

Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

* * *

Vorwärts in Oberitalien.

W. T. B. Berlin, 5. November abends. (Amtlich.) In Flandern wechselnde Artillerietätigkeit. Bei den andern Westarmeen und im Osten nichts Wesentliches.

In Oberitalien geht es gut vorwärts.

* * *

Wanken der Dolomitenfront.

W. T. B. Wien, 5. November. Aus dem Kriegspressequartier wird vom 5. abends gemeldet: Die Ereignisse in der venetianischen Ebene nehmen einen günstigen Verlauf. Auch die Dolomitenfront der Italiener wankt. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171106-11/fragment/page=0003

Die Frau als Arbeiterin.

„Die Frau gehört ins Haus," hieß es ehemals, obwohl schon vor dem Kriege Tausende von Frauen und Müttern zur Arbeit außer dem Haus und, was noch schädlicher auf die Familie einwirkte, zur Lohnarbeit im Hause, zur Heimarbeit in den verschiedensten Berufszweigen gezwungen waren. Der Krieg hat die Frauen nicht erlöst von ihrem Frondienst; immer mehr und mehr treibt er sie aus dem Haus, aus der Familie hinaus ins Wirtschaftsleben. Gilt es doch, vor allem die leeren Plätze in Werkstätten und Fabriken zu besetzen, von denen die Männer hinweggeholt werden, hinaus zum blutigen Völkerringen. Und dann zwang die stetig steigende Teurung Tausende von Frauen mitzuverdienen, um die Familie einigermaßen über Wasser zu halten.

Es gibt fast keinen Beruf mehr, in dem die Frau nicht vertreten ist. Vom leichtern Schreibdienst bis zur harten Transportarbeit. An den Häfen stehen viele junge Mütter und löschen Kohlen. Mit äußerster Kraftanstrengung versehen sie ihr Amt, arbeiten rastlos und erwarten sehnsüchtig die kurze Abendstunde, die sie bei ihren Kindern weilen dürfen. In Ziegeleien sieht man sie schwer schaffen im Schweiß ihres Angesichts; sogar am Kesselfeuer arbeiten sie als Heizerinnen. Man legt sich unwillkürlich die Frage vor: kann der weibliche Körper all die Strapazen ertragen, ohne dauernden Schaden zu nehmen? Und wenn der Krieg vorbei ist, werden diese Frauen der Familie wiedergegeben werden? Aber was wird aus den Tausenden von Kriegerwitwen und -bräuten, die vielleicht nie wieder heiraten können oder wollen; was aus den zahllosen Frauen schlechtbezahlter Arbeiter, die doch stets gezwungen sein werden, mitzuverdienen?

Da gilt es, vor allen Dingen bessere Arbeitsbedingungen, Arbeiterinnenschutz, kürzere Arbeitszeit, gleichen Lohn für die Frauen zu erkämpfen. Es darf nicht sein, daß die Frau dem Manne, der mit seinem Leibe Heim und Herd schützend, da draußen im Felde täglich, stündlich dem Tod ins Angesicht sah, als Lohndrückerin entgegentritt. Es darf auch nicht sein, daß die Kräfte der Frau in langer schwerer Arbeit zu früh verbraucht werden. Sie hat ja außer ihrem Beruf als Arbeiterin und Hausfrau auch die heiligste Pflicht zu erfüllen, Mutter zu sein. Das aber kann sie kaum unter den obliegenden Verhältnissen.

Es gilt, bessere Zustände zu erkämpfen, damit der Frau, auch wenn sie Lohnarbeiterin ist, doch Zeit bleibt, sich der Familie widmen zu können. Deshalb kommt der Werbemonat für unsre Frauenbewegung zur rechten Zeit. Die Frau gehört in die sozialdemokratische Partei; nur eine starke politische Organisation kann den genügenden gesetzlichen Schutz für die arbeitende Frau und Mutter erreichen. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Kriegsteurungszulagen im Schneidergewerbe.

Zwischen dem Verband der Schneider, vertreten durch dessen Vorsitzenden, Stühmer, und dem Arbeitgeberverband haben in Jena Verhandlungen über Kriegsteurungszulagen stattgefunden, die jetzt zum Abschluß gekommen sind. Die Vereinbarungen erstrecken sich über das ganze Reich und umfassen die Herren-, Damen- und Uniformen-Maßschneiderei. Danach erhalten vom 12. November an die männlichen Arbeiter einen Zuschlag von 10 Pfg. pro Stunde, was pro Tag 1 Mark bzw. 6 Mark pro Woche ausmacht. Die Stücklohnsätze für Akkordarbeiter sind entsprechend erhöht. Hier hat man die sogenannten Großstücke in drei Gruppen eingeteilt, für welche die Zulagen in folgender Weise geregelt sind: 1. Gruppe (Ueberzieher, Gehröcke) 4 Mark pro Stück; 2. Gruppe (Sakko) 3 Mark; 3. Gruppe (alle übrigen Stücke) 2 Mark; und schließlich Hosen und Westen 1 Mark. Arbeiterinnen erhalten eine Zulage von 6 Pfg. pro Stunde.

Diese Zulagen sind auf die Dauer des Krieges gewährt. Nach Friedensschluß ist eine 1monatliche Kündigung angängig. Erfolgt eine solche, dann sind nach den Vereinbarungen neue Unterhandlungen vorgesehen, um gegebenenfalls (z. B. bei fortdauernder Teurung) die Zulage in eine Friedensteurungszulage umzuwandeln.

Hinzugefügt sei, daß bereits seit dem 1. März 1917 — ebenfalls im ganzen Reich — eine allgemeine Lohnerhöhung von 25 Prozent gezahlt wird, die selbstverständlich auch ferner weiter bestehen bleibt. —

Aus der Parteibewegung.

Zustimmung zum Parteitag. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in Brandenburg (Havel) nahm zum Würzburger Parteitag Stellung. Die Versammelten sprachen ihre vollste Zufriedenheit mit dem Verlauf und mit den Beschlüssen des Parteitags aus. Dies kam auch in einer einstimmig gefaßten Entschließung zum Ausdruck. —

Katastrophaler Mitgliederrückgang — bei den Unabhängigen. Als der Parteivorstandsbericht zum Würzburger Parteitag erschien, der an Stelle der frühern Million Parteimitglieder nur noch ¼ Million Beitragzahlender aufwies, stimmte die „Leipziger Volkszeitung" ein Jubelgeschrei über den katastrophalen Mitgliederrückgang bei den „Regierungssozialisten" an. Jetzt hat nun die Organisation der Unabhängigen für Leipzig-Land getagt und dort an ihrem Hauptsitz statt der weit über 40 000 Mitglieder vor dem Kriege noch 10 085 angeblich zahlende Mitglieder gemustert, — angeblich zahlende, denn der Sekretär klagte über schlechte Beitragskassierung. Die Unabhängigen haben also wieder einmal geflunkert; sie leiden unter den Wirkungen des Krieges in ihrer Organisation genau so wie die sozialdemokratische Partei.

Kleine Chronik.

Umfangreiche Bahngüterdiebstähle in Dirschau.

Großes Aufsehen erregt in Dirschau die Verhaftung von fünf Eisenbahnarbeitern, die auf dem Bahnhof Dirschau Gepäck und sonstige Eisenbahngüter in großem Umfang geraubt haben. Die bei Haussuchungen zutage geförderten gestohlenen Güter, hauptsächlich Nahrungs- und Genußmittel, Wäsche und Wollsachen, füllen mehrere Räume des Polizeigebäudes und haben erheblichen Wert. —

Ein russischer Militärzug verunglückt.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Auf der Bahn Wladikawkas ist ein Schnellzug mit einem Militärzug zusammengestoßen. Es wurden 25 Personen getötet, 70 schwer verletzt und eine größere Anzahl leicht verwundet. Die Mehrzahl der Opfer sind Soldaten. —

Amtliche Bekanntmachungen.

Die jährlich 30 Mark betragenden Zinsen der **Bernheimschen Stiftung für treues weibliches Gesinde** sind für denjenigen weiblichen Dienstboten, welcher am längsten bei einer Herrschaft gedient hat, bestimmt.

Haushälterinnen, Wirtschafterinnen und Kammermädchen sind ausgeschlossen.

Diejenigen weiblichen Dienstboten, welche sich für das laufende Jahr um die gedachten Zinsen bewerben wollen, werden aufgefordert, sich bis zum 30. November d. J. entweder schriftlich beim Magistrat oder persönlich im Bureau für Stiftungssachen — Sparkassengebäude, Kleine Steinstraße 8, Zimmer 22 — zu melden und die Bescheinigungen ihrer Herrschaft beizubringen.

Halle, den 1. November 1917. **Der Magistrat.**

Hausschlachtungen.

Auf Grund der Verordnung über die Reglung des Fleischverbrauchs vom 2. Oktbr. 1917 (Reichsgesetzbl. S. 881) und der Ausführungsanweisung vom 15. Oktober 1917 wird für den Stadtkreis Halle folgendes bestimmt:

§ 1.

Zur Hausschlachtung von Rindern, Kälbern, Schweinen und Schafen ist die Genehmigung des Magistrats erforderlich.

Voraussetzung der Genehmigung zur Hausschlachtung von Rindern, Schafen und Schweinen ist, daß der Selbstversorger das Tier mindestens drei Monate in seiner Wirtschaft gehalten hat. Zum Beweis dafür, daß diese Voraussetzung erfüllt ist, ist es erforderlich, daß diejenigen, welche zum Zwecke der Selbstversorgung Rinder, Schweine oder Schafe schlachten wollen, mindestens 3 Monate vor Einreichung des Antrags auf Genehmigung der Schlachtung dem Stadternährungsamt, Abteilung 4, das Halten des Tieres im eignen Haushalt anzeigen.

Eine Veräußerung von Schweinen mit einem Lebendgewicht von mehr als 25 Kilogramm ist nur an die Viehhandelsverbände oder deren Beauftragte zulässig.

§ 2.

Bei Einholung der Genehmigung zur Hausschlachtung ist das ungefähre Lebendgewicht des Schlachttiers und die Zahl der Wirtschaftsangehörigen des Haushalts, für den geschlachtet wird, oder der zu beköstigenden Personen, sowie der Zeitpunkt, bis zu dem der Selbstversorger aus frühern Hausschlachtungen noch mit Fleisch versorgt ist, anzugeben. Gleichzeitig ist in dem Antrag anzugeben, in welcher Zeit der Selbstversorger die Vorräte verwenden will und ob und wieviel Fleischkarten er noch weiter zum Bezug von Frischfleisch wöchentlich belassen haben möchte.

§ 3.

Von dem durch die Hausschlachtung von Schweinen gewonnenen Fleische müssen an den hiesigen Kommunalverband zu Händen der Verwaltung des Schlachthofs in frischem, ausgekühltem Zustand unmittelbar nach der Schlachtung gegen Zahlung einer Vergütung, die von der Provinzialfleischstelle festgesetzt wird, Speck oder Fett in folgenden Mengen abgegeben werden:

wenn das Schlachtgewicht des Schweines beträgt:

mehr als 60—70 kg einschließlich: 1 kg
„ „ 70—80 „ „ 2 „
„ „ 80 „ für weitere angefangene je 10 kg: weitere je 0,5 kg

Ist das Schwein früher zur Zucht benutzt worden, so sind 8 vom Hundert des Schlachtgewichts in Speck oder Fett abzuliefern. Es darf als Pflichtmenge nur Rücken- oder Bauchspeck oder Liesen (Flomen) abgegeben und angenommen werden.

Dem Selbstversorger wird über die Menge des abgelieferten Speckes oder Fettes eine Empfangsbescheinigung ausgestellt. Gegen Abgabe der Empfangsbescheinigung an die Schlachthofskasse wird dem Selbstversorger der Betrag für die abgelieferte Menge gezahlt.

Die Verpflichtung zur Abgabe von Speck oder Fett entfällt bei Hausschlachtungen von Schweinen in gewerblichen Betrieben, Krankenhäusern oder ähnlichen Anstalten, soweit sie vom Magistrat als Selbstversorger anerkannt worden sind, und bei Hausschlachtungen solcher Selbstversorger, denen nach den geltenden Vorschriften wegen besonders anstrengender körperlicher Arbeit Fettzulagen zugebilligt sind oder zu deren Haushalt solche Personen gehören.

§ 4.

Bei der Anrechnung des aus Hausschlachtungen von Rindern, Schafen und Kälbern über 3 Wochen gewonnenen Fleisches wird eine Wochenmenge zugrunde gelegt, die um zwei Drittel höher ist als die in der Bekanntmachung des Präsidenten des Kriegsernährungsamts vom 21. August 1916 festgesetzte Wochenmenge von 250 Gramm

Bei der Anrechnung von Schlachtviehfleisch aus Hausschlachtungen von Kälbern bis zu 3 Wochen und von Schweinen werden folgende Wochenmengen für die Person (für Kinder bis zu 6 Jahren die Hälfte) zugrunde gelegt:

bei Kälbern bis zu 3 Wochen: 500 g
bei Schweinen mit einem Schlachtgewicht von mehr als 60 kg: 500 g
„ „ „ „ „ von mehr als 50—60 kg: 600 g
„ „ „ „ „ von 50 kg u. weniger: 700 g

Die nach § 3 abzuliefernden Fettmengen werden auf die Fleischkarten nicht angerechnet und kommen für die Berechnung des Schlachtgewichts zum Zwecke der Fleischkartenanrechnung nicht in Ansatz.

§ 5.

Fleisch zur Selbstversorgung darf aus Hausschlachtungen, die zwischen dem 1. Oktober und 31. Dezember erfolgen, höchstens für die Dauer eines Jahres, aus spätern Hausschlachtungen höchstens für die Zeit bis zum Schlusse des Kalenderjahres belassen werden.

Die Genehmigung wird nicht erteilt, wenn infolge der Hausschlachtung der Fleischvorrat des Selbstversorgers die ihm für jene Zeit zustehende Fleischmenge übersteigen würde oder ein Verderb der Vorräte zu befürchten ist.

Die Genehmigung kann jedoch erteilt werden, wenn der **Selbstversorger sich verpflichtet**, die überschießende Menge entweder gegen Entgelt an den Magistrat oder an die von diesem bestimmte Stelle oder mit Genehmigung des Magistrats an dritte Personen gegen Beibringung der auf die überschießende Menge entfallenden vollen Fleischmarken abzugeben.

Fleisch und Fleischwaren, die aus Hausschlachtungen gewonnen und dem Selbstversorger zur Selbstversorgung überlassen sind, dürfen gegen Entgelt nur an den Magistrat oder mit dessen Genehmigung abgegeben werden. Das Fleisch aus unerlaubten Hausschlachtungen zieht der Magistrat ohne Entgelt ein.

Die Schlachtung darf nur erfolgen, wenn dem Schlächter vor der Schlachtung die schriftliche Genehmigung des Magistrats vorgelegt worden ist.

Gesuche um Erlaubnis, Hausschlachtungen außerhalb des Stadtkreises vorzunehmen, haben keine Aussicht auf Erfolg und sind daher zwecklos.

§ 7.

Die in § 3 festgesetzte Abgabepflicht von Speck oder Fett gilt nach der Verordnung vom 2. Oktober 1917 (Reichsgesetzblatt S. 881) schon für die nach dem 14. Oktober 1917 erfolgten Hausschlachtungen. Im übrigen tritt diese Verordnung mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft, gleichzeitig treten alle frühern entgegenstehenden Bestimmungen außer Kraft.

Halle, den 1. November 1917. **Der Magistrat.**

Ich habe heute drei **Nachtragsbekanntmachungen** erlassen, und zwar:

a) Nr. W. IV. 2200/9. 17 KRA. zu der Bekanntmachung vom 1. April 1917 betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Kunstwolle und Kunstbaumwolle aller Art.
b) Nr. W. IV. 2900/9. 17 KRA. zu der Bekanntmachung vom 16. Mai 1916 betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Lumpen und neuen Stoffabfällen aller Art.
c) Nr. W. I. 900/9. 17 KRA. zu der Bekanntmachung vom 1. Juli 1917 betreffend Beschlagnahme von reiner Schafwolle, Kamelhaaren, Mohär, Alpaka, Kaschmir sowie deren Halberzeugnissen und Abgängen.

Die Nachtragsbekanntmachungen sind in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 6. November 1917.

Der stellvertretende Kommandierende General des 4. Armeekorps.

Frhr. v. Lyncker,
General der Infanterie
à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Für das laufende Winterhalbjahr 1917/18 treten folgende Aenderungen im Stundenplan der gewerblichen Fortbildungsschule ein:

Maschinenschlosser M 2b	Mittwochs vormittags 7 bis 12 Uhr Stadtgymnasium-Turnhalle
Maschinenschlosser O 6	ist aufgelöst und den übrigen Oberstufen zugeteilt worden
Dreher U 3	Donnerstags vormittags 7 bis 12 Uhr Stadtgymnasium-Hauptgebäude
Elektriker U 1	Dienstags abends 6 bis 9 Uhr Martinschule
	Freitags „ 6 „ 9 „ „
Gärtner	Montags abends 6 bis 9 Uhr Stadtgymnasium-Hauptgebäude
	Mittwochs abends 6 bis 9 Uhr Stadtgymnasium-Hauptgebäude
	Donnerstags abends 6 bis 9 Uhr Stadtgymnasium-Hauptgebäude
Steinsetzer U	Sonnabends vormittags 7 bis 1 Uhr Freimfelder Schule
Bäcker U 1	Mittwochs nachm. 4 bis 8 Uhr Martinschule
„ U 2	Freitags „ 4 „ 8 „ „
„ M 1	Dienstags „ 3 „ 7 „ „
„ M 2	Donnerstags „ 4 „ 8 „ „
„ M 3	Freitags „ 4 „ 8 „ „
„ O 1	Freitags „ 4 „ 8 „ „
„ O 2	Mittwochs „ 4 „ 8 „ „
Putzmacherinnen M	Mittwochs vorm. 8 bis 11 Uhr Talamtschule
	Donnerstags nachm. 3 bis 6 Uhr „
Schneiderinnen M 1	Mittwochs „ 2 „ 6 „ „
	Freitags „ 2 „ 4 „ „
„ O 1	Dienstags „ 2 „ 5 „ „
„ O 2	Montags „ 2 „ 5 „ „
Friseure gem. U	Montags vormittags 8 „ 12 „ „
„ „ M und O	Donnerstags nachm. 2 „ 6 „ „
Buchdrucker U 1	Montags nachm. 4 bis 8 Uhr kath. Volksschule
	Dienstags „ 4 „ 6 „ „ „
Hauswirtschaftsunterricht	Gruppe I Montags nachm. 4 bis 7 Uhr Küche Friedenschule Schneiderinnen O 1 und O 2
„	Gruppe II Dienstags nachmittags 4 bis 7 Uhr Küche Friedenschule Putzmacherinnen O
„	Gruppe III Mittwochs nachmittags 4 bis 7 Uhr Küche Friedenschule Friseusen O.

Halle, im Oktober 1917. **Der Magistrat.**

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 7. d. M. werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:

Um 8½ Uhr	Nr. 8201—8300	Um 12½ Uhr	Nr. 8601—8700
„ 9½ „	„ 8301—8400	„ 1½ „	„ 8701—8800
„ 10½ „	„ 8401—8500	„ 2½ „	„ 8801—8900
„ 11½ „	„ 8501—8600		

Halle, den 5. November 1917. **Der Magistrat.**

Wollene Kleider- und Kostümstoffe
Mäntelstoffe — Anzugstoffe — Samte
325 finden Sie noch in großer Auswahl
im Kaufhaus H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Stadt-Theater.
Mittwoch den 7. November
Anfang 7½ Uhr Ende 10¾ Uhr
Gastspiel des kgl. württ. Kammersängers Julius Neudörffer
Don Juan
Oper von Mozart.
Donnerstag den 8. November
Jahrmarkt in Pulsnitz.

Donnerstag, 8. Novbr.
Zoo Gesellschaftskonzert
— Anfang 8 Uhr. —

Füßlinge
in schwarz und braun bei
H. Elkan, Leipziger Straße 87.

Albrechts Naturheilanstalt
— Telephon 6451 —
28 Friedenstraße 28.
Gut eingerichtetes Sanatorium.
Alle elektrischen u. medizinischen Bäder.
Künstliche Höhensonne usw.
gut bewährt.

Maurer und Zimmerer
Zementierer u. Einschaler
Bau- und Erdarbeiter
für auswärtige Baustellen gesucht. 43059
Karl Lingesleben
Baugeschäft
Halle, Dryanderstraße 34.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171106-11/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 136. Halle, Dienstag den 6. November 1917. 1. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 6. November 1917.

Krieg und Ehe.

Es vergeht jetzt selten eine Woche, die uns nicht durch irgendeine Gerichtssaalnotiz die Wirkungen des Krieges auf das Familienleben in traurigster Weise veranschaulichen würde. Da gibt es Ehebruchsprozesse, Erzählungen mit mehr oder minder pikaten Details vom Leben der Kriegsstrohwitwen, Eifersuchtsszenen und Attentate des betrogenen Gatten. Nach all den Jubelhymnen, die die bürgerliche Presse bei Kriegsbeginn über die Gesundung unsers Fühlens sang, über die Heiligung der Familie, könnte das ernüchternd wirken. Wundern kann sich aber niemand über die augenfällige Lockerung der Bande, die Mann und Frau zusammenhalten. Eine Ehe ist ja nicht, wie die literarische Altjüngferlichkeit beiderlei Geschlechts so gern träumte und faselte, ein übernatürliches Wunder, ist kein von Anbeginn der Zeiten bestehendes mystisches Verbundensein. Ihr Inhalt ist das starke, warme und zärtliche Gefühl des Miteinanderlebens und der Zusammengehörigkeit. Die Reihe der Tage, das kleine Erlebnis des Alltags, die winzigen Sorgen und Freuden in der Kleinwelt der Dinge — das sind die Bande der Ehe. All das, was man zusammen trägt, zusammen sieht und erfährt, was sich täglich wiederholt und dennoch täglich neu ist in der Wirkung auf den geliebten Gatten, das ist es, was aus zwei Menschen das unlösliche Ganze macht.

Nicht die „Liebe", die einzig von hysterischen Schriftstellern erdacht ist, halb Rausch, halb Traum und niemals seelisches Gleichgewicht, ist die Grundlage einer gesunden Ehe. Diesen ganzen „heilig-unheiligen" Zauber hat für viele Tausende von Familien der Krieg zerbrochen. Wohl mag einzelnen die Angst um den Mann erst die Erkenntnis ihrer Liebe gebracht haben, wie alle die süßen Geschichtchen erzählten; die Regel ist das nicht. Die ist vielmehr auch in den normal verlaufenden Fällen eine gewisse, fast unvermeidliche Entfremdung. Man teilt nicht mehr den Alltag miteinander, der Mann erlebt so unendlich viel und wird gewandelt in dem Erleben, er operiert mit Begriffen, die für die Frau leer sind, kleine Eigentümlichkeiten werden vergessen, geändert, man „verlernt" einander — leise, unmerklich, unaufhaltsam. Briefe können kaum helfen, ist es doch nur den wenigsten gegeben, die lebendige Wirklichkeit im toten Worte festzuhalten, fehlt immer doch die Unmittelbarkeit des persönlichen Mitdabeiseins. Kommt dann der Mann auf kurzen Urlaub heim, so geht das alles wohl in der ersten Freude unter. Dann aber meldet sich das Trennende. Es ist ein „Ausnahmezustand", er ist der Gast und gehört nicht mehr „dazu".

Sind Kinder da, so kann es geschehen, daß ihnen — namentlich den kleineren — der Vater fremd geworden ist, und ihm sind sie ebenfalls unbekannte kleine Menschen, die er sich noch immer im Wickelpolster vorgestellt hat und von deren Seele er nichts weiß. Auch hier fehlt das innige Gefühl, das aus dem täglichen Beisammensein so froh und selbstverständlich erwächst. Dazu kommen noch die Kriegsehen, die noch keine Zeit gehabt, auch seelisch wirklich Ehen zu werden. Kann es da irgendwo verwundern, daß sich so viel Treubrüche und Katastrophen ergeben? Es wäre nur erstaunlich, wenn es nicht der Fall wäre. Das alles soll gewiß nicht gesagt sein, um die Frauen zu entschuldigen, die treulos ihre Pflicht verletzen. Aber — verstehen kann man es. —

Erhöhung der Kriegsunterstützungen.

Der Reichstag hatte in seiner letzten Tagung folgende Entschließung angenommen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, das Gesetz betreffend die Unterstützung von Familien usw. von 1888/1914 dahin zu ändern, daß die Unterstützungssätze von 20 auf 30 Mark für die Ehefrauen, die Unterstützungssätze von 10 auf 15 Mark für die Angehörigen von in den Dienst eingetretenen Mannschaften erhöht werden.

Auch die Reichsleitung hat demgegenüber angesichts der wirtschaftlichen Lage durchaus anerkannt, daß eine Erhöhung der Familienunterstützung vom 1. November 1917 an allgemein einzutreten habe. Dennoch ist es für richtig erachtet worden, von einer allgemeinen gleichmäßigen Erhöhung der Mindestsätze abzusehen. Man begründet dies mit der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse in den Lieferungsverbänden. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, hat der Bundesrat folgende Verordnung erlassen:

Die Lieferungsverbände sind verpflichtet, aus ihren Mitteln eine Erhöhung der bis zum 1. Oktober 1917 gezahlten Familienunterstützungen eintreten zu lassen, die spätestens vom 1. November 1917 an zu gewähren und deren Betrag je nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen ist. Bis zum Betrag von 5 Mark für jeden Unterstützten werden die seit dem 1. November 1917 gewährten Erhöhungen der Unterstützungen vom Reich erstattet, und zwar zur Hälfte allmonatlich, zur Hälfte zusammen mit der Erstattung der gesetzlichen Mindestbeträge.

In allen Lieferungsverbänden — auch solchen, die bisher keinen Zuschuß zu den Mindestsätzen aus eignen Mitteln gewährt haben — und für alle Unterstützungsberechtigten tritt also vom 1. November 1917 an eine Erhöhung der bisherigen Unterstützung ein sich ein. Den Lieferungsverbänden steht aber die Entscheidung darüber zu, in welcher Höhe dies zu geschehen hat; sie können dabei die Zahl der Kinder, der Arbeitsmöglichkeit und andre Gesichtspunkte berücksichtigen. Den Lieferungsverbänden wird die gesteigerte Inanspruchnahme dadurch erleichtert, daß die erhöhten Unterstützungen bis zu 5 Mark monatlich vom Reich erstattet werden, und zwar zu einer Hälfte allmonatlich, zur andern mit der Erstattung der Mindestbeträge. Soweit die Lieferungsverbände Unterstützungen über den Satz von 5 Mark hinaus gewähren, erhalten sie zu den ihnen dadurch erwachsenen Ausgaben Zuschüsse aus dem Wohlfahrtsfonds des Reiches in gleicher Weise, wie zu den aus den sonstigen von ihnen den Unterstützungsberechtigten gewährten Zuschüssen zu den Mindestsätzen. —

* **Zur neuen Zuckerverbrauchsregelung.** Der Kleinhandelsverkaufspreis für Zucker ist vom 5. November 1917 an vorläufig auf 38 Pfg. für Melis, 40 Pfg. für gemahlene Kaffinade und Brotzucker, 42 Pfg. für Würfelzucker für das Pfund festgesetzt worden. — Der Magistrat macht nochmals darauf aufmerksam, daß der Kleinhändler die von den Verbrauchern erhaltenen gültigen Marken und Zusatzmarken der Provinzialzuckerstelle durch Abstempelung. Durchstreichen oder Lochen zu entwerten und sorgfältig zu verwahren hat. Jede mißbräuchliche Benutzung zieht neben strafrechtlicher Verfolgung Ausschluß aus dem Zuckerhandel nach sich. Auch in Fällen grober Fahrlässigkeit kann der Ausschluß ausgesprochen werden. Bei Auswahl und Aufsicht von Angestellten hat er die erforderliche Sorgfalt zu beobachten. Er ist für ihr Verschulden verantwortlich. Gegen Weitergabe der Marken der Provinzialzuckerstelle an einen beliebigen Zwischen- oder Großhändler kann er von diesem die den Marken entsprechende Zuckermenge kaufen und so stets seinen Vorrat zu voller Höhe ergänzen. Die Weitergabe der Marken kann jederzeit, sie muß spätestens am dritten Tage nach Ablauf ihrer Gültigkeit erfolgen. Nach diesem Tage erlischt der Anspruch auf Ersatz. —

* **Neuordnung der Waschmittelversorgung von Rüstungsarbeitern.** Für die zusätzliche Versorgung mit Waschmitteln der in der Rüstungsindustrie beschäftigten, besonders Verunreinigung ausgesetzten Arbeiter sind neue Grundsätze aufgestellt worden. Danach wird die Versorgung je nach der Art der Beschäftigung und der damit verbundenen Verunreinigung nach folgenden drei Gruppen erfolgen: Gruppe A: Feuerarbeiter, Kesselpersonal und Arbeiter, die kündig mit der Kohlenbewegung beschäftigt sind oder der hautreizenden Wirkung von Gift oder Schmierölersatz ausgesetzt sind; Gruppe B: Alle übrigen Arbeiter, die einer stärkeren Verunreinigung ausgesetzt sind; Gruppe C: Diejenigen Arbeiter, die den unter A angeführten Klassen nicht angehören, aber doch einer sanitär bedenklichen Verunreinigung ausgesetzt sind. Die Rüstungsindustriebetriebe werden aufgefordert, innerhalb 24 Stunden dem Stadternährungsamt, Abteilung II, schriftlich zahlenmäßig anzuzeigen, wieviel Rüstungsindustriearbeiter, nach den einzelnen Gruppen getrennt, am 15. Oktober 1917 bei ihnen beschäftigt waren. Gleichzeitig werden die genannten Betriebe angewiesen, bis zum 2. jedes Monats der obengenannten Stelle Veränderungsnachweisungen einzureichen, aus denen der Zu- und Abgang nach dem Stande vom 15. des Vormonats, nach den einzelnen Gruppen getrennt, ersichtlich ist. Die Termine sind genau einzuhalten, da sonst auf eine richtige Zuweisung von Waschmitteln nicht zu rechnen ist. —

* **Eine „vaterländische" Richtigstellung.** Zu einem Artikel des „Berliner Tageblatts" über die Agitation der Vaterlandspartei wird ein für die Vaterlandspartei recht charakteristisches Wort wiedergegeben, das Professor Dr. Fester jüngst in dem Agitationsvortrag für die Partei in Halle prägte. „Vielleicht hilft Hindenburgs gutes Schwert", sagte er, „auch eher zum Frieden als die dargebotene Hand. Was wir brauchen, ist ein schweigendes Volk." Das ist — so fährt das „Berliner Tageblatt" fort — derselbe Geist der Reaktion, der aus der Zeit tiefster deutscher Schmach sprach, als Herr v. Schulenburg die Bürger Berlins mit den Worten erinnahm: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Wie nun Professor Fester der „Magdeb. Ztg." mitteilt, hat er in seinem im Drucke befindlichen Vortrag über „Die Politik der Reichstagsmehrheit" weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach gesagt, was das „Berliner Tageblatt" ihm in den Mund legt. Tatsache ist aber, daß dieselbe Redewendung auch von diesigen Zeitungen in ihrem Bericht über jene Versammlung gebraucht worden ist, und zwar unangefochten durch Herrn Professor Fester. Wenn sich nun dieser überaus charakteristische Satz nicht in dem angeführten Druckstück befindet, so scheint uns das kein schlüssiger Beweis dafür zu sein, daß Herr Professor Fester diese Worte nicht gebraucht hat.

Rosi Zurflüh.

Eine Geschichte aus den Alpen von **Johannes Scherr.**

(5. Fortsetzung.) Nachdruck verboten

Der Pfarrer überschritt den Bach, und Elsi ließ ihn ruhig herankommen. Nur warf sie rasch einen Blick rückwärts über ihre linke Schulter, als wollte sie sich auf alle Fälle der Möglichkeit eines ungehinderten Rückzugs vergewissern.

„Neen, törichter Wildfang," sagte Milder, „Du bist nicht in den Bund erwachsener Christen aufgenommen worden zu dem Zwecke, schlimmen Trieben frei nachleben zu können. In die weite Welt willst Du? Weißt Du denn nicht, daß die Heimat ein Segen ist, den man in der Fremde vergebens sucht?"

„Davon weiß ich freilich nichts, weil ich nie von einer Heimat wußte," erwiderte Elsi kalt, aber in so respektvollem Tone, daß sich der Pfarrer dadurch täuschen ließ. Deshalb sagte er mit zutraulicher Güte: „Aber Du kannst lernen, was Heimat zu bedeuten hat, indem Du Dir eine gründest, und zwar hier in unserm Tale. Deine Aufführung ist die letzte Zeit her tadellos gewesen, und Du mußt wohl bemerkt haben, daß demzufolge die Leute freundlicher gegen Dich geworden sind."

„Nein, davon hab ich nicht viel bemerkt. Was hilft mir die gute Aufführung? Ich bleibe doch 's Schwarzelfi aus der Höllenschwärz, die den Strobelchäpi, den Schellenwerker, zum Vater hat, wenn er's schon nicht ist. Ja, wenn ich Batzen hätte! Nur wer Geld hat, gilt in der Welt."

„Bei den Dummen und Schlechten, ja. Der rechtschaffene Arme, der mit redlichem Fleiße sein Brot erwirbt, darf auf die Achtung aller verständigen Leute Anspruch machen, und sie entgeht ihm auch nicht. Arbeite, Kind, arbeite! Das ist der feste Grund, auf den Du Deine Zukunft, Deine Zufriedenheit gründen mußt. Leben heißt tätig sein. Du hast eine entschiedene Gabe fürs Zeichnen und Bildschnitzen. Der Ruodi Zurflüh hat es mir wiederholt gesagt."

„Der Ruodi hat Euch das gesagt?"

„Ja."

„Und weiter nichts?"

„Doch. Er meinte, man müßte dafür sorgen, daß Du nach Brienz in die Holzschnitzerschule kämest. Da könntest Du, wenn Du nur wolltest, es in der Holzschneidekunst zu was Rechtem bringen."

Elsis Miene war sanft, fast weich geworden. Sie schwieg nachdenklich, es arbeitete in ihrer Brust, und sie senkte die Augen.

„Der Ruodi hat Gutes von mir gesagt, der Ruodi!" flüsterte sie selbstvergessen.

Milder sah, daß er Terrain gewonnen, und wollte den Vorteil verfolgen, indem er fortfuhr: „Glaub mir nur, Kind, es gibt Leute, die es gut mit Dir meinen. Da ist die Rosi —"

„Die Rosi?" fiel das Mädchen ein, heftig aufzuckend.

Der Pfarrer beachtete in seinem wohlwollenden Eifer nicht, daß schon wieder ein Wechsel über die beweglichen Züge Elsis gekommen war, daß ihr Mund sich trotzig aufwarf und ihre Stirn zornrot brannte.

„Ja, die Rosi," sagte er. „Sie war dabei, als der Ruodi mir zuletzt von Dir sprach, und sie meinte, ihr Vater, der ja Gemeindevorstand ist, sollte dafür sorgen, daß in der angegebenen Richtung die Gemeinde etwas für Dich tue. Und wenn das nicht ausreichte, wollte sie, wie sie sagte, gern ihren Spartopf hergebend —"

„Sie mag ihn behalten," fiel Elsi hastig ein. „Ich will nichts von ihr, keinen Sahrtkhm, gar nichts!"

„Was soll denn das wieder bedeuten? Was hast Du denn?"

„Nichts hab ich, und das ist gäng eben das Kreuz und der Jammer."

„Still mit Deinen koboldischen Einfällen! Und jetzt kommst Du mit mir heim. Ich habe keine Zeit mehr zu verlieren."

Der Pfarrer hatte mit Fug das Wort koboldisch gebraucht. Jede Spur von Weichheit war aus Haltung und Rede des Mädchens verschwunden. Die tiefschwarzen Augen blinzelten wie die eines schelmischen Kobolds, und den kleinen Mund kräuselte wieder das alte Hohnlächeln.

Leicht wie ein Vogel war sie ein paar Schritte weit von dem Pastor weggehuscht, hinter einen Steinblock im Innern der Teufelskanzel, der ihr bis an die Brust reichte. Dort stand sie still, und ihr allerliebstes rundes Köpfchen guckte über den bemoosten Granitwürfel herüber.

„Lieber Herr Pfarrer," sagte sie, „liegt Euch denn wirklich etwas daran, daß ich in Windgellen bleibe?"

„Allerdings. Meine Pflicht als Seelsorger und als Vorstand der Armenpflege —"

„Ach was! Eure Pflicht geht mich nichts an. Ich meine, seid Ihr dem armen Schwarzelfi e chli (ein wenig) gut?"

„Gewiß bin ich Dir gut, wenn Du nur —"

„Nun dann, wißt Ihr was? Heiratet mich!"

Sie sagte das mit einem so possierlich-schelmisch-naiven Ausdruck, daß die beste Schauspielerin sie darum beneidet haben würde. Ihre Augen schossen dabei unter den halbgeschlossenen Lidern hervor schmachtend-zärtliche Blicke auf den guten Pfarrer, und die Spitze ihres Zungenleins spielte schlangenhaft zwischen den wie zum Kuß gerundeten Lippen.

Der arme Pfarrer wußte nicht recht, ob er lachen oder fluchen sollte.

„Nun, was meint Ihr?" sagte sie wieder. „Ich sag Euch, ich werde die Frau Pfarrerin spielen, daß es ne Art hat und Ihr ne rechte Freud' dran haben sollt."

Dem guten Milder war jetzt der Geduldsfaden gerissen.

„Unverschämter Baggängel!" brach er los.

„Ah so, Ihr wollt mich nicht haben? Ich merke schon, Ihr seid noch immer in die Rosi verschossen."

Der Pfarrer machte eine rasche Wendung nach dem Felsblock zu, und es steht zu vermuten, daß der sanftmütige Mann große Lust hatte, den Heiratsantrag des Vagantenkindes mit dem theologisch-pädagogischen Argument einer Ohrfeige zu erwidern, wozu er in Wahrheit vollwichtige Ursache hatte. Allein Schwarzelfi schlüpfte hinter dem Felsblock weg, bevor er dessen Rückseite erreicht hatte, flog durch das Steingetrümmer aufwärts und erschien in der nächsten Minute hoch über Milders Haupt auf einem vorspringenden Zacken.

„Lieber Herr Pfarrer," rief sie herunter, „b'hüt Euch Gott und nichts für ungut! Wenn ich das Glück gefunden, komm ich wieder und will Euch auch ein Stückli davon geben. Und höret, ich weiß noch alle die Bibelsprüch, die Ihr mich gelehrt, und im zweiten Buch Mose, zwanzigstes Kapitel, Vers da und da, steht geschrieben: Laß dich nicht gelüsten deines Nächsten Weib, noch seines Knechtes, noch seiner Magd, noch seines Ochsen, noch seines Esels."

Ein schmetterndes Gelächter aufschlagend, verschwand sie.

Milder stand bestürzt.

„Es hilft nichts, dem Wildfang nachzugehen," sagte er dann. „Ich könnte ebenso leicht eine Gemse einfangen. — Aber was war das? Mein Gott, das Geheimnis meiner Seele, das ängstlich verwahrte Geheimnis im Munde dieses halbwüchsigen Kindes!"

Glockenklang, der abermals aus dem Tale heraufkam, weckte ihn aus seinem schmerzlichen Hinbrüten. Er fuhr zusammen und raffte sich mühsam auf. Er war sehr bleich geworden und nahm den Hut ab, um sich die in kaltem Schweiß gebadete Stirn zu trocknen.

„Ich will die Last tragen, die mir auferlegt ist, solange meine Kraft aushält, murmelte er. „Wenn nur sie es nicht merkt, daß ich sie trage."

Damit sprang er über den Bach und ging eilenden Schrittes den Pfad zurück, den er gekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519171106-11/fragment/page=0005

*** Die Schnellzug-Zuschläge wirken!** Von amtlicher Seite wird folgendes mitgeteilt: Mit der Einführung der Ergänzungskarte im Schnell- und Eilzugsverkehr ist der Zweck, eine Verkürzung der Schnellzüge zu erreichen und mit der pünktlichen Beförderung der Schnellzüge die Bewältigung des Güterzugverkehrs entsprechend den Anforderungen der Heeres- und Volksversorgung sicherzustellen, zur Befriedigung der Eisenbahnverwaltung erreicht worden. Die Benutzung der Schnell- und Eilzüge ist zwar keineswegs übermäßig, aber doch auf ein solches Maß zurückgegangen, daß die bedauerlichen und bedrohlichen Stockungen in der Beförderung des Kriegsgutes und des notwendigsten Heimatsbedarfs, die zu Beginn des Herbstverkehrs aufgetreten waren, in den kommenden Monaten voraussichtlich vermieden werden können. Nur von Berlin wird berichtet, daß dort der Personenverkehr beträchtlich zugenommen habe. Es wird nicht daran gedacht, die Maßnahme der Fahrpreisverteuerung abzuschwächen, wenn auch vorbehalten bleiben muß, den Anregungen auf Aenderung der Ergänzungskarte nach eingehender Prüfung ihrer Wirkungen Folge zu geben. Dagegen hat sich die Eisenbahnverwaltung in der Lage gesehen, auf die ursprünglich in Aussicht genommene allgemeine Beschränkung des Reisegepäckgewichts zugunsten der Reisenden zu verzichten. Mit Rücksicht darauf, daß beim Ein- und Ausladen der Gepäckstücke überwiegend Frauen tätig sind, wird lediglich für das einzelne Gepäckstück das Höchstgewicht auf 50 Kilogramm festgesetzt werden. Dagegen ist eine Beschränkung in der Gewichtsmenge des gesamten Gewichts des Reisenden nicht in Aussicht genommen. Von der Bestimmung, daß das einzelne Gepäckstück nicht mehr als 50 Kilogramm wiegen darf, sollen in besondern Fällen Ausnahmen zulässig sein; insbesondere werden für die Beförderung von Musterkoffern usw. Erleichterungen gewährt werden. —

*** Von der Halle-Hettstedter Eisenbahn.** Nach dem neusten Fahrplan der Halle-Hettstedter Bahn verkehren täglich zwischen Halle und Station Heide 17 Züge hin und zurück. Durchgehend bis Hettstedt und zurück fahren drei Züge. Sämtliche Züge haben 2. bis 4. Klasse. —

*** Die Sammlung für die Schwesternspende,** die an einigen Oktobertagen allenthalben stattfanden, haben in Halle den Betrag von 16 243,33 Mark ergeben, der nun bedürftigen Krankenschwestern zugute kommen soll. —

*** Die Allgemeine Ortskrankenkasse** teilt mit: Mit Rücksicht auf die vorhandene Teurung wurde mit unsrer Bekanntmachung vom 30. Dezember 1916 den Kranken- und Wochengeldbezugsberechtigten eine besondere Krankenunterstützung von 25 Pfg. für jeden Krankengeldtag so lange zugebilligt, bis der hierfür ausgesetzte Betrag von 60 000 Mark aufgezehrt sein würde. Dieser Zeitpunkt tritt mit dem 6. November 1917 ein, so daß dieser Zuschuß den Versicherten, welche über diesen Zeitpunkt hinaus krank sind, nicht mehr gewährt werden kann, und zwar, weil es an flüssigen Mitteln dazu fehlt, auch gesetzliche Gründe gegen diesen für die Versicherten aller Klassen gleichmäßigen Zuschuß bestehen. —

*** Gegen Ueberteurungen bei Wurstkräutern und -gewürzen.** Für die in Deutschland gewonnenen Wurstkräuter und -gewürze, wie Majoran, Koriander, Kümmel usw., werden zurzeit ganz übermäßig hohe Preise gefordert. Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit kann man sich nun einen Erfolg von besondern Maßnahmen, wie allgemeine Beschlagnahme, Ablieferungszwang, Höchstpreise usw., nicht versprechen. Dagegen werden die Preisprüfungsstellen mit aller Entschiedenheit dem Preiswucher auch auf diesem Gebiet entgegentreten. Unter Umständen wird auch die Beschlagnahme einzelner Posten durch die zuständige Behörde gegenüber den Beteiligten in Betracht kommen. —

— Auch das Nähgarn verschwindet. Zu dem vielen kaum noch Erträglichen hat sich ein neues gesellt: es gibt keinen Zwirn, kein Nähgarn mehr. Von Laden zu Laden ziehen die Frauen vergeblich. Doppelt schlimm in dieser Zeit, wo jedes Wäsche- und Kleidungsstück bis zum äußersten immer wieder gestopft und geflickt werden muß, um daran zu sparen, wo Nähgarn also mehr als nötig ist. Es ist unverständlich und wieder eine jener unverantwortlichen Unbegreiflichkeiten, daß man es dahin hat kommen lassen. Ueber die Folgen kann man doch nicht im unklaren sein. Wenn dieser Zustand länger andauert, dann hört die Möglichkeit des Flickens und Stopfens auf und unser Volk läuft in seiner großen Mehrheit mit zerrissenen Hemden und Kleidern umher, abgesehen natürlich von jenen, die sich vor Einführung der Kleider- und Wäscherationierung noch schnell auf mehrere Jahre für etliche tausend Mark eingedeckt haben. Zum Schneider und zur Schneiderin können die wenigsten Leute die notwendigsten Flickereien bringen, weil jene höchstens für ihre alten Kunden arbeiten. Wird hier keine Abhilfe geschaffen, dann entwickeln sich die allerbösesten Zustände. —

— 500 000 Anzüge für heimkehrende Krieger. Im Reichsausschuß für das deutsche Schneidergewerbe wurde mitgeteilt, daß demnächst den Schneidern „Reichsanzüge" in Auftrag gegeben werden. Bekanntlich hat die Reichsbekleidungsstelle bisher 500 000 Stück Ober- und Unterkleider bestellen lassen, die durch die Kommunen an die unbemittelte Bevölkerung abgegeben werden. Nunmehr werden neuerdings 500 000 Anzüge in Arbeit gegeben, die aus neuen Stoffen hergestellt werden und an die heimkehrenden Krieger zur Verteilung gelangen sollen. Die Preise sollen möglichst billig gehalten sein, und es schweben gegenwärtig Unterhandlungen darüber, daß die Reichsinstanzen einen Beitrag zum Ankauf der nötigen Stoffe leisten, um den Kaufpreis auf diese Weise so niedrig wie möglich zu gestalten. —

*** Zweitägige Sperre für sämtliche Frachtstückgüter.** Zur Gewinnung von Wagen für Lebensmittel und Düngemittel in Ladungen wird für Dienstag und Mittwoch die Annahme sämtlicher Frachtstückgüter gesperrt. Eilige Lebensmittelsendungen dürfen als Eilstückgut angenommen werden. —

*** Bestrafte Höchstpreisüberschreitung.** Gegen die Händlerin Berta Pflug geb. Block in Halle, Anhalter Straße 3, und die Händlerin Minna Müller geb. Hubert in Halle sind durch Strafbefehl des Amtsgerichts wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Aepfel Geldstrafen von 30 Mark oder 6 Tage Gefängnis und 100 Mark oder 20 Tage Gefängnis festgesetzt worden. —

— Bettnässen. Sofortige Befreiung garantiert. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft kostenlos. Solche Anzeigen kann man immer wieder in vielgelesenen Zeitungen finden. Sie geben hauptsächlich aus von einigen Münchner Schwindelfirmen. Wendet man sich an die Firmen, so erhält man ein vielversprechendes gedrucktes Schreiben, worin auch schon die Absendung des Apparats nebst Zutaten unter Nachnahme in Aussicht gestellt wird. Die Sachen haben einen recht zweifelhaften Wert und der dafür verlangte Preis ist als wucherisch hoch zu bezeichnen. Groß ist die Zahl derer, die die Nachnahme eingelöst haben und sich nachher betrogen fühlten. Man lasse sich durch das Verhalten der Firmen ja nicht zur unbedachten Einlösung der unbestellten Nachnahmesendungen verleiten, erkundige sich vielmehr vorher bei der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck näher über den Ruf der betreffenden Firmen. —

*** Diebstähle.** Während einer der letzten Nächte wurde in ein Grundstück am Steg eingebrochen und zwei Ziegen, vier Enten, neun Hühner und sechs Kaninchen nach vorheriger Abschlachtung gestohlen. — Am Canenaer Weg wurden vier Personen beim Rübendiebstahl betroffen. —

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Nudeln. Von Mittwoch an auf Marke 111 des Warenbezugsscheins 11. Jede Person 1/4 Pfund.

Puddingpulver. Mittwoch vormittags 8 1/2 bis 12 Uhr und nachmittags 2 bis 6 Uhr auf die Nummern 63001 bis 70000 des Lebensmittelscheins. Jede Person ein Paket zum Preise von 40 Pfennig in der Talamtschule. —

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater.

Zweites Sinfoniekonzert. Das Programm dieses Konzerts war ebenfalls, sowie schon das vorhergehende, durch einen Solisten bereichert worden. Diesmal wartete Professor Dr. Georg Schumann auf, und zwar in dreifacher Hinsicht: als Dirigent, Solist und Komponist. Seine hervorragenden Dirigenteneigenschaften, die in einem ganz persönlichen, dabei aber äußerst genau gehenden Ausschöpfen der von ihm behandelten Tondichtungen beruhen, zeigte er zuerst in Cherubinis Ouvertüre „Anakreon", die geradezu peinlich sauber herauskam, am besten jedoch in Brahms' Sinfonie F-Dur, wo er entsprechend der ganzen Tongebung mehr sein Temperament gehen ließ. Hier gelang vor allem der zweite Satz recht ausgezeichnet, der in all seiner klassischen Schönheit und Lieblichkeit herauskam; doch stand ihm das Allegro, dieses einzigartige, weil ganz ungewöhnlich gelöste Finale, schwerlich nach; und im ganzen genommen traten die Themen mit ihren vielen schönen Variationen, Abwandlungen und Verstrickungen so klar hervor, daß die saubere, stets übersichtlich geführte Arbeit von Meister Brahms dem Zuhörer mit ziemlicher Leichtigkeit einging. Ueberhaupt scheint Professor Schumann vor allem mit den Formtalenten, das heißt: den bewußt gestaltenden und im Temperament streng gezügelten Musikern, eine große seelische Verwandtschaft zu besitzen. Das zeigte sich hierbei wie auch späterhin noch daran, daß er Bachs Klavierkonzert D-Moll spielte, und wie er es spielte, außerdem an der von ihm gegebenen eignen Schöpfung. Bach ist ein ruhiger, abgeklärter, fern von aller tiefaufwühlenden Leidenschaft (man denke an seinen Gegensatz Beethoven!) stehender Musiker, und so gab ihn auch Professor Schumann, wobei er natürlich immerhin auch ein gewisses Maß von Innerlichkeit zeigen konnte, nicht zu vergessen eine überzeugende Probe seiner guten Fingertechnik. Seine eigne Komposition waren Variationen über ein lustiges Thema: das Thema ein paar ganz einfache, aber stark hervorstechende Akkorde, die Variationen jedoch so vielgestaltig und originell, so fein in der Erfindung und Vertonung, daß man es ein musikalisch-humoristisches Werk ganz eigner, teilweise geradezu grotesker Art nennen kann. Nur zeigte sich, wie schon gesagt, auch dabei wieder der bewußte Former, der klar abwägende Kunstverstand, dem eine Komposition nicht leidenschaftliches Bekenntnis, sondern sauber geschliffenes Kunstwerk ist. Das Orchester folgte seinem Gastdirigenten aufs willigste und bestand dadurch diese erhöhte Probe seiner Leistungsfähigkeit aufs beste. cw.

Der Waffenschmied. Komische Oper von Albert Lortzing. Es ist etwas Eignes um Lortzings Musik. Sie gibt sich ganz einfach und schmucklos, so recht anheimelnd und einschmeichelnd, ohne weiteres sangbar. Und doch ist sie bei aller Bevorzugung des Liedes nicht geradeswegs Liedkomposition, nimmt vielmehr wiederholt recht weitgehende Anläufe zu größeren Orchestersätzen, von denen die Vorspiele, Ensembles und gelegentlichen Motivverwendungen das beste Zeugnis ablegen. Lortzings Musik gibt sich auch durchaus leicht und fröhlich, so ganz, ohne tragische Momente auch nur zu streifen, geschweige denn kräftig anzupacken. Und doch will mit ihr keine rechte befreiende, einen jeden Ernst vergessende Fröhlichkeit aufkommen, vielmehr kommt alles so gedämpft und verhalten, so mit einem leise spürbaren, wehmütigen Zuge. Das macht, weil Lortzing ein echter deutscher Musiker war, ein deutscher in dem Sinne, der aus Karl Maria von Weber — nach Hans von Bülows Wort — zu dem deutschesten Komponisten überhaupt gemacht hat, und im Sinne Heinrich Heines, als er von dem Deutschen als sentimentalen Eichen sprach. Lortzing empfand einfach und schlicht, so ganz ungekünstelt, geradezu volksmäßig, und darum gab er sich so. Er war aber doch wiederum zu echt, zu erdenschwer, vielleicht auch zu empfindsam, als daß er einen starken sentimentalen Einschlag hätte verbergen können, und so brachte er den wehmütigen Zug in seine Musik. Hinzu kam allerdings, daß ihm das Leben zu hart mitgespielt hat, als daß er laut hätte aufjauchzen und seelische Befreiung durch einen alles wegspülenden Humor hätte gewinnen können. Bei alledem sind aber auch in Lortzings Musik gewisse kleinbürgerliche, ja wenn man will sogar spießbürgerliche Elemente nicht zu verkennen, die sich in vielen seiner Lieder deutlich genug ausprägen und ihr charakteristischstes Merkmal vor allem in der eben schon erwähnten Bedrücktheit, in ihrem Mangel an einer wirklich großen, anfeuernden, hinreißenden und begeisternden Linie haben. Er mutet geradezu als eine Art Ludwig Richter der Musik an. Auch dieser Zeichner gibt einfache, schlichte Bildchen, mit einem feinen, unaufdringlichen Humor. Und doch bleibt er am Alltäglichen, am Kleinbürgerlichen hängen, und gibt nicht nur nichts, was einen so recht von allem Bedrückenden befreien könnte, sondern stimmt geradezu melancholisch, läßt durch alle seine Lieblichkeiten aus der guten alten Zeit zu leicht die Sentimentalität aufsteigen. Man könnte deshalb Lortzing auch ganz ruhig den Komponisten des Kleinbürgertums nennen, den Notenzeichner der guten alten, ach! so fernen Zeit. Nur eben: seine Musik ist trotz alledem so schön, so liebreizend, daß ihr solche kritischen Betrachtungen keinen Abbruch tun können, und weil man ihr immer wieder gern erliegt, begegnet man ihr immer wieder gern — und freut sich als Kritiker, wieder einmal über sie schreiben zu dürfen.

Der „Waffenschmied" selbst bedarf keiner näheren Betrachtung, sowenig wie „Zar und Zimmermann", die beide durch ihren spezifischen Lortzingschen Gehalt dergleichen überflüssig machen. So sei nur noch über die Aufführung gesagt, daß sie im allgemeinen allen Anforderungen gerecht wurde, besonders dank dem Umstande, daß die Hauptrollen gut besetzt waren. Davon wären zu nennen die Herren Fischer (Stadinger), Westernhagen (Graf Liebenau) und Harlacher (Georg), vor allem jedoch Fräulein Enghardt, die als Waffenschmiedstöchterlein wiederum ebenso liebreizend im Spiel wie im Gesang war. Das Orchester unter Herrn Röhrens Leitung leistete Ansprechendes. — cw.

*

Stadttheater. Heute Dienstag kommt Lienhards „Luther auf der Wartburg" zur ersten Wiederholung. Am Mittwoch wird Mozarts „Don Juan" mit kgl. Kammersänger Julius Neudörffer als Gast aufgeführt, Donnerstag der dionysische Schwank „Jahrmarkt in Pulsnitz", Freitag die komische Oper „Giroflé-Girofla". Am Sonntag findet nachmittags 3 1/2 Uhr eine Aufführung der Strauß'schen Operette „Wiener Blut" statt, abends 7 1/2 Uhr wird d'Alberts „Tiefland" zum 25. Mal unter der Direktion Leopold Sachses aufgeführt. —

Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Der Acker an der Delitzscher Straße 2 ist fertig eingeteilt und mit Nummern versehen. Die Kleinpächter werden ersucht, Dienstag den 6. November, nachmittags 3 Uhr, mit vier mit ihrem Namen versehenen Pfählen bewaffnet, sich auf dem Acker einzufinden. Die rote Ackerkarte ist unbedingt mitzubringen. Um die genannte Zeit wird von der Geschäftsstelle des Bundes jemand zur Stelle sein, der die einzelnen Parzellen anweist. Es ist dringend notwendig, daß alle Kleinpächter zur Stelle sind, denn es ist natürlich ganz unmöglich, daß bei Unklarheiten später jemand noch an Ort und Stelle Auskunft gibt. —

Aus der Provinz.

Bitterfeld. Abgabe von Nudeln. Auf Nr. 2 des Lebensmittelscheins können von Dienstag früh 7 Uhr an 200 Gramm Nudeln entnommen werden. Von Nr. 1 kostet das Pfund 80 Pfg., von Nr. 2 60 Pfg. —

— Die neuen Fettkarten sind den Ortsbehörden vom Kreisausschuß zugesandt worden. Da verlorengegangene Fettkarten nicht ersetzt werden dürfen, so werden alle Haushaltungsvorstände von diesem ersucht, auf der Stammkarte den Vornamen und Namen des Haushaltungsvorstandes mit Tinte zu vermerken.

— Kohlenbezugsscheine. An Einwohner, die noch für mindestens 1 Monat mit Brennstoffen eingedeckt sind, werden vorläufig Bezugsscheine nicht erteilt, damit zunächst die schon vor längerer Zeit ausgestellten Bezugsscheine eingelöst werden können.

— Industrielles. Die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation Wolfener Farbenfabrik zu Wolfen, der bereits das Recht verliehen ist, zur Versorgung ihrer in Greppiner Flur gelegenen Fabrik täglich 100 000 Kubikmeter Wasser aus der Mulde zu entnehmen, hat den Antrag gestellt, im Rahmen der ihr erteilten Erlaubnis einen Teil der täglich der Mulde zu entnehmenden 100 000 Kubikmeter an die chemische Fabrik Griesheim-Elektron zu Bitterfeld abzugeben. —

Bitterfeld. Kohlenversorgung. Der Magistrat hat folgende Brennstoffmengen für die Zeit vom 1. September 1917 bis 31. März 1918 zugelassen: Für eine Küche 30 Zentner, einen Wohnraum nebst Küche 65 Zentner, drei Wohnräume nebst Küche 75 Zentner, für ein bis zwei Schlafräume je 10 Zentner. Für mehr als drei Wohnräume und zwei Schlafräume dürfen Brennstoffe nicht verabfolgt werden. Ist eine größere Zahl von Räumen vorhanden, die von Zimmerabmietern zugleich als Wohnräume benutzt werden, so können für jedes Zimmer 5 bis 10 Zentner zugeteilt werden. Für Wartezimmer der Aerzte sind 15 Zentner, für Sprechzimmer 25 Zentner, für Handwerker-Werkstätten 20 Zentner und für Arbeitsräume 10 Zentner bewilligt worden. Die Festsetzung der Verbrauchsmengen für Bureaus und Läden soll von Fall zu Fall erfolgen. In Wohnungen mit Zentralheizung dürfen beim Vorhandensein von mehr als sechs Räumen höchstens drei Räume beheizt werden. Die Temperatur der Wohnräume darf 18 Grad, der Schlafräume 12 Grad Celsius nicht überschreiten. Für Badezimmer und Waschküchen muß der Bedarf aus der zugeteilten Menge gedeckt werden. —

— Großer Arbeitermangel. Im Arbeitsnachweis meldeten sich während des Monats Oktober 156 Arbeitsuchende. Offene Stellen waren 553 gemeldet, von denen 125 besetzt werden konnten. —

Merseburg. Neue Güterstation. Am 15. November wird zwischen den Stationen Merseburg und Niederbeuna links der Bahnstrecke Merseburg—Querfurt in Kilometer 3,95, wo der Privatanschluß der Badischen Anilin- und Sodafabrik (Leunawerk) anschließt, eine Tarifstation für den Güterverkehr, und zwar nur für Wagenladungen des genannten Werkes, unter der Bezeichnung Kötzschen eröffnet werden. Mit demselben Tage wird Kötzschen in die Tarife für den Staats- und Privatgüterverkehr aufgenommen.

Naumburg. Treibriemendiebstahl. Am 22. Oktober gegen 10 Uhr abends ist aus dem Grundstück Pfeffergasse 1 ein Treibriemen gestohlen worden. Der Riemen ist etwa 6 Meter lang, 8 Zentimeter breit und 5 Millimeter stark. —

Teuchern. Ueberfahren. Ein Unglücksfall, der den Tod eines 12jährigen Mädchens herbeiführte, hat sich hier zugetragen. Das Kind hatte seinen Handwagen an ein Lastauto angehängt, das in schnelle Fahrt überging. Dabei wurde das Mädchen zu Boden gerissen und überfahren. —

Weißenfels. Neue Mehl- und Brotpreise. Für den Stadtkreis Weißenfels sind neuerdings nachstehende Mehl- und Brotpreise festgesetzt worden: Brotmehl, gemischt je zur Hälfte aus 94prozentigem Roggen- und Weizenmehl, 1 Pfund im Kleinverkauf 24 Pfg.; 94prozentiges Weizenmehl, 1 Pfund im Kleinverkauf 27 Pfg.; Weizen-Auszugsmehl (für Kranke), 1 Pfund im Kleinverkauf 30 Pfg.; 1 Pfund Schwarzbrot 20 Pfg.; 75 Gramm Weißbrot 5 Pfg.; 1 Pfund Weißbrot 30 Pfg. Die Mehlpreise traten am 3. November, die Brotpreise am 5. November in Kraft. —

— Elektrizitäts-Verteurung. Vom 1. November an sind auf Beschluß der städtischen Körperschaften die durch den Stromtarif vom Jahre 1914 festgelegten Strompreise um 50 Prozent erhöht worden. —

Weißenfels. Städtischer Fischverkauf. Diejenigen Haushaltungen, die bei der letzten Heringsverteilung keine Berücksichtigung fanden und die Lebensmittelmarken Nr. 73 bei den Firmen M. Müller, Große Kalandstraße 13, und Otto Fischer, Merseburger Straße 43, abgeliefert haben, können in den genannten Verkaufsstellen von Dienstag den 6. bis Sonnabend den 10. November auf jede Marke ungefähr 200 Gramm Brislinge (kleine Fischchen) entnehmen. Der Kaufpreis beträgt 1,40 Mark für das Pfund. —

— Ausgabe von Spiritus-Bezugsmarken. Die dem Stadtkreis für November zugeteilten Bezugsmarken für Brennspiritus werden an die Inhaber der Spiritus-Ausweiskarten Nr. 1516 bis 2161 und Nr. 1 bis 100 am Mittwoch, 7. November, im Bureau Marienstraße 12 wie folgt ausgegeben: Nr. 1516 bis 1600 vormittags 8 bis 9 Uhr, Nr. 1601 bis 1750 9 bis 10 Uhr, Nr. 1751 bis 1900 10 bis 11 Uhr, Nr. 1901 bis 2050 11 bis 12 Uhr, Nr. 2051 bis 2161 mittags 12 bis 1 Uhr, Nr. 1 bis 100 1 bis 2 Uhr. Bezugsmarken, die am Ausgabetage nicht abgeholt werden, verfallen. —

Weißenfels. Ein großer Transport Ziegen, Milch- und Zucht-, auch Schlachtziegen, ist durch einen hiesigen Händler aus den besetzten Gebieten in unsre Stadt vermittelt worden. Die Ziegen gelangen zur Abgabe an hiesige Bürger. —

Wittenberg. Eine Geheimschlächterei ist von der Polizei im Hause Eichstraße 15 entdeckt worden. Bei einer Durchsuchung der Wohnung des Viehhändlers K. wurden noch Teile von 6 bis 8 Schweinen vorgefunden und beschlagnahmt. K. wurde zunächst festgenommen. —

— Viehdiebstahl. Einige Diebe haben der Villa des Justizrats Dr. Gause, Lindenstraße 8, einen Besuch abgestattet und, nachdem sie einen Stall erbrochen, zwei fette Hammel und drei Gänse abgeschlachtet und gestohlen. —

— Kleiderdieb. Während der Korbmachermeister Lehmann vom Hause abwesend war, schlich sich der bei ihm wohnende Arbeiter Kamorwsky in die Wohnung der andern Schlafleute und stahl diesen die Kleidungsstücke, mit denen er das Weite suchte. —

Zeitz. Ersatzsohlen. Infolge des Mangels an Leder müssen statt Ledersohlen Ersatzsohlen getragen werden. Im Hinblick auf die kommende kalte und nasse Jahreszeit nun, und zur Beseitigung eines Notstandes nach dieser Richtung hin hat der Magistrat sämtliche hier noch vorhandenen Schuhmachermeister, insbesondere diejenigen, die der Hilfsdienstpflicht unterworfen sind, verpflichtet, alle vorkommenden Schuhwerkausbesserungen unter Anwendung des zur Verfügung stehenden Ersatzmaterials sachgemäß auszuführen. Es ist aber unbedingt notwendig, das noch vorhandene Schuhwerk schonend zu behandeln. Bei starker Abnutzung kann auf keine ordnungsmäßige Wiederherstellung gerechnet werden. Es ist deshalb dringend zu empfehlen, Schuhe schon dann zur Ausbesserung zu geben, wenn nur kleine Schäden an ihnen vorhanden sind. Auch muß jeder für eine rechtzeitige Abholung vom Schuhmacher selbst Sorge tragen. Für die minderbemittelte Bevölkerung sind dem Magistrat Ersatz (Holz-) Sohlen zur Verfügung gestellt worden, deren Verkauf vom 10. November ab beim Schuhmachermeister Rümmler, Neumarktstraße 5, stattfindet. —

— Braunkohlenwerke Leonhard in Zipsendorf. Die in Berlin abgehaltene Generalversammlung genehmigte die sofortige Auszahlung der 6prozentigen Dividende und wählte Dr. Hans Heymann, den jetzigen Vertreter von Ignaz Petschek in Aussig, neu in den Aufsichtsrat. Im laufenden Jahre haben sich bisher die Absatz- und Leistungsverhältnisse nicht wesentlich geändert. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1706297751917106-11/fragment/page=0006